

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graudenstr. 1/4, and durch Buchhandlungen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, drei Monate 2.00. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr beträgt für die einjährige Colonietheke oder deren Raum 25 M. Anwärter 15 M. Inzerate für Arbeitsmarkt 15 M. Anwärter 10 M. Vereins- u. Veranlassungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 275.

Breslau, Freitag, den 24. November 1911

22. Jahrgang.

Wen wählen die Eisenbahnarbeiter?

Am Eisenbahner weitergeben!

Als Wahlhelfertruppe für die bürgerlichen Parteien werden vor allen die Eisenbahnarbeiter betrachtet. In dieser Richtung ist besonders der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie rühmlich tätig, mit Zustimmung der Eisenbahnverwaltung, wieder er Mitglieder und sammelt den Wahlfonds.

Gegenüber diesem Liebeswerben der Arbeiterfeinde ist es notwendig, die Eisenbahnarbeiter auf ihre wirklichen Interessen, die sie bei der Wahl wahrzunehmen haben, aufmerksam zu machen.

Die Staatsarbeiter haben alle von der Reichs- und Landesgesetzgebung beschlossenen Lasten ohne jede Ausnahme wie die übrigen Arbeiter zu tragen. Die verberlichen Folgen der Reichsfinanzreform, die Lebensmittelteuerung, alles, auch die Wohnungsmietsteigerung, müssen sie mit ihren Familien reslos auf sich nehmen. Sie sind Proletarier, wie alle anderen Arbeiter, und haben deshalb auch die gleichen Interessen bei der Reichstagswahl mit diesen zu vertreten. Sie sind in vielen Beziehungen sogar noch schlechter dran, als ihre in Privatbetrieben beschäftigten Massengenossen.

Gegen die schädlichen Einwirkungen der Gesetzgebung und der privaten Spekulation, die ihnen die Lebensmittel verteuern, können sich die Arbeiter aller Berufs durch ihren gewerkschaftlichen Kampf wehren, der auch die Löhne in die Höhe drückt. Bei den Eisenbahnarbeitern im Deutschen Reich sind aber solche gewerkschaftliche Kämpfe bis jetzt noch unbekannt erschienen.

Warum? Den Eisenbahnern steht das Recht, sich zu organisieren, ebenso zu, wie allen anderen Staatsbürgern. Aus der Tatsache, daß Eisenbahnunternehmungen der Gewerbeordnung nicht unterstehen, kann nicht gefolgert werden, daß die Eisenbahnarbeiter ihr Koalitionsrecht nicht ausüben dürften. Schließlich hat das Reichs-Vereinsgesetz alle Bedenken dieser Art reslos beseitigt. Wenn trotzdem die Eisenbahnarbeiter von dem ihnen zustehenden Rechte so wenig Gebrauch machen, so ist der rücksichtslose Terrorismus daran schuld, der von allen Verwaltungen ausgeübt wird. Dieser Terror steigert sich um so mehr, je nachgebiger die beherrschenden Vereine der Eisenbahnarbeiter sind und je größer die Zahl der gänzlich unorganisierten Arbeiter bei der Eisenbahn ist. Wäre der größte Teil der Eisenbahnarbeiter organisiert, dann würde dieser barbarische Druck der Verwaltungen Gegenstand bei den Organisationen hervorrufen, und die Gewalttäter wären alsbald genötigt, andere Seiten aufzuziehen, wenn sie nicht einen Streit riskieren wollten. Da es aber an einer solchen Organisation fehlt, sind die Eisenbahner der Willkür der Verwaltungen vollständig ausgeliefert, und diese Willkür hemmt alle Initiative der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage. Nur weil kein ernstlicher Widerstand bei den beschäftigten Arbeitern zu finden ist, konnte der preussische Minister erklären:

„Wir bekämpfen alle sozialdemokratischen Vereine, wir bekämpfen alle Vereine, die den Streit proklamieren.“

Der bayerische Eisenbahnminister sagte sogar im Bewußtsein seiner Macht:

„Es kostet nur einen Federstrich, um den Verband zu unterdrücken, nämlich nur die Kundgebung, daß jedes Mitglied des Verbandes ohne weiteres von der Staats-eisenbahnverwaltung entlassen wird.“

Unmöglich könnte sich aber eine Staatsverwaltung so gegen die Arbeiter verhalten, wenn sie nicht bei den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien taftkräftige Unterstützung fände. Die Eisenbahnarbeiter sind mit Ausnahme der Reichseisenbahn der Kontrolle der Einzel-Landtage unterstellt. Abgesehen von einigen süddeutschen Landtagen ist die Sozialdemokratie in diesen Einzel-Landtagen, namentlich in Preußen, das tonangebend für die Behandlung der Arbeiter ist, nicht sehr einflußreich. Das ist die Ursache der unerhörten Behandlung staatlicher Arbeiter überhaupt. Unter dem Beifall aller bürgerlichen Parteien konnte im preussischen Landtage der freikonservative Abgeordnete Vierck sagen:

„Wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die staatlichen Arbeiter nicht zum Streit losgerissen dürfen.“

Man gab unumwunden zu, daß dieser Standpunkt eine Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter bedeuten. Aber was schert die bürgerlichen Parteien Recht und Gesetz? „Im Namen aller bürgerlichen Parteien“ gab ein anderer Abgeordneter seiner großen Freude über die gegen die Arbeiter gerichteten Erklärungen des preussischen Ministers Ausdruck. Und dann hatte der Zentrumsabgeordnete Giesberts noch die Stirn, zu behaupten:

„Daß keine Arbeitergruppe eine so wirksame Vertretung ihrer Interessen durch das Parlament habe, wie gerade die Staats-eisenbahnarbeiter.“

Eine größere Heuchelei ist nicht gut denkbar.

Weil nun die Eisenbahnverwaltungen nur zu gut wissen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen das wirksamste Mittel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind, daß andere unabhängige Vereine mindestens Front machen können gegen Bevormundung und terroristische Unterdrückung, darum wird versucht, jede Organisation mit dem Ziele der Wahrung wirtschaftlicher Interessen der Arbeiter von vornherein zu unterdrücken. Was an Vereinigungen „erlaubt“ wird, leitet man auf besondere Wege, um sie gegen die Arbeiter direkt mißbrauchen zu können.

Durch ein raffiniert ausgebildetes System der Bevormundung werden Kriegervereine, sonstige patriotische und fromm-christliche Vereine in der Arbeiterschaft förmlich gezüchtet, alle anderen Bestrebungen aber terroristisch bekämpft. Was doch der preussische Minister offen zu, daß den Versammlungen der Eisenbahnvereine „besondere Beauftragte der Verwaltung“ beizubehalten! Das hat die Arbeiter im höchsten Maße erbittert, sodaß sie es auch schon abgelehrt haben, in Gegenwart dieser beherrschenden Spitze zu verhandeln. Trotzdem lag ein Zentrumsabgeordneter dem Lande vor, daß diese „Beauftragten“ von den Arbeitern mit „größter Freude“ aufgenommen würden!

In den Betrieben selbst sucht man die Arbeiter durch einflußlose Arbeiterauschüsse von der Vertretung ihrer wirklichen Interessen abzulenken. Mit Kindergartensvereinen, Lektorenkreisen und ähnlichen Institutionen wird gleichfalls nicht gespart, und, wie überflüssig wird auch hier Unternehmerwohlfahrt zur neuen Arbeiterfessel. Wenn dann vom Zentrum im Abgeordnetenhaus gesagt wird, die Arbeiter seien in „dienstlicher und nationaler Beziehung“ durchaus zuverlässig, so hat der betreffende Abgeordnete nur zum Ausdruck bringen wollen, daß die Arbeiter soweit bevormundet worden sind, daß sie sich wie Geloten zu allem gebrauchen lassen müssen.

Daß die Staatsbahn-Verwaltungen zufriedene Arbeiter und Angestellte haben, ist falsch, und wer das behauptet, täuscht sich oder er lügt der Welt etwas vor. Die Arbeiter können gar nicht zufrieden sein. Nicht nur verschließt man ihnen die Möglichkeit, sich selber höhere Löhne zu erkämpfen, sondern sie werden durch allherhand Maßnahmen in ihrer Lebenshaltung noch direkt geschädigt. Eine Schädigung ist das Verbot des Beitritts zu den Konsumvereinen, denn man zwingt die Familie zu teuren Einkäufen bei den Kleinhändlern. So rücksichtslos die Agrarier die genossenschaftlichen Organisationen zur Verteuerung der Lebensmittel anwenden, so rücksichtslos wird dieselbe Maßnahme den Arbeitern verboten. Im Interesse des Mittelstandes! Sogar die Abgabe von Freifahrtscheinen zu Marktbesuchen hat man eingeschränkt, weil Klagen aus dem Mittelstande kamen, wie Preußens Minister sagte. Dann behauptet der konservative Abgeordnete Kürde obendrein noch, die Lage der Eisenbahnarbeiter sei im ganzen besser, als die der übrigen Arbeiter.

So steht die vermehrte Fürsorge aus, die den Arbeitern als Gegenleistung für die „Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte“ nach Ansicht der bürgerlichen Parteien gegeben wird. Der Minister aber erklärte in den letzten Tagen im Reichstage, daß er es nicht für richtig halte, dafür eine Gegenleistung zu geben.

Dabei haben die Eisenbahnarbeiter durchaus nicht so hohe Löhne, daß sie der rücksichtslosen Ausbeutung durch alle Geschäftsleute widerstandsfähig ausgeliefert werden dürften. Von den in Preußen beschäftigten 325.000 Arbeitern und Hilfsbediensteten haben 7500 ein Einkommen von über 1800 Mark, 9423 ein solches von 1650—1800 Mark, 19.587 ein solches von 1500—1650 Mark, 86.000 haben ein Einkommen von 1200—1500 Mark, und über 200.000 Arbeiter haben unter 1200 Mark Verdienst. Daß bei solchen Löhnen an ein menschenwürdiges Dasein nicht gedacht werden kann, ist selbstverständlich. Ueber die elenden Zustände vermögen auch die sogenannten Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, mit denen so viel Klatsch getrieben wird, nicht hinwegzutäuschen.

Was ist nun dagegen zu tun? So lange eine starke, selbständige Organisation fehlt, ist Selbsthilfe ausgeschlossen. Geholfen werden kann nur durch die Gesetzgebung, vor allem durch den Reichstag. Als allererste Forderung, für die alle Arbeiter einzutreten haben, ist aufzustellen: die Sicherstellung der Ausübung aller staatsbürgerlichen Rechte. Für eine solche Forderung, aus der sich die weiteren von selbst ergeben, treten aber die bürgerlichen Parteien nicht ein. Nur die Sozialdemokratie ist es, die dieses Menschenrecht auch den Eisenbahnern uneingeschränkt verschaffen will. So lange nicht die Behinderung der Aus-

übung aller Rechte unter Strafe gestellt wird, dauert die Knirschigkeit der Staatsarbeiter fort, und jede den Arbeitern zugefügte Schädigung der Lebenshaltung wirkt bei den Eisenbahnern doppelt und dreifach schmerzhaft.

Weiter ist zu fordern: Unterstellung der Arbeiter unter die Gewerbeordnung, Revision der Betriebe durch die Gewerbeinspektion, unter Mitwirkung der Arbeiter selbst, und Schutz vor Benachteiligung der gewählten Vertreter. Außerdem müssen die Arbeiterauschüsse berechtigt werden, bei Festsetzungen der Löhne und bei Bestimmung der Arbeitszeit mitzuwirken. Für alle diese Forderungen sind aber die bürgerlichen Parteien nicht zu haben. Die Arbeiter können auf sie aber auch nicht verzichten; deshalb müssen die Eisenbahner für die Sozialdemokratie eintreten, damit durch die Wahl dieser sozialdemokratischen Abgeordneten die Regierungen zur Nachgiebigkeit gezwungen werden. Da die Wahl geheim ist, kann die Mehrheit mit Terrorismus, wie bei öffentlichen Wahlen, nicht einwirken. Notgedrungen gibt man an diesem einen Tage den geknechteten Arbeitern die staatsbürgerliche Freiheit, die man ihnen sonst widerrechtlich beschränkt. Schon im Jahre 1908 mußte der damalige preussische Eisenbahnminister von Wubbe erklären, die Eisenbahner könnten wählen, wie sie wollten: „Meinetwegen auch sozialdemokratisch!“

Am 12. Januar 1912 steht das ganze deutsche Arbeitervolk zusammen. Auch die Eisenbahner dürfen nicht fern bleiben! Auch sie werden sozialdemokratisch wählen!

Politische Uebersicht.

Das Koalitionsrecht der Unterbeamten.

Die Unterbeamten im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst haben sich einen Ausschuss — die sogenannte Neuer-Kommission — geschaffen, dem es obliegt, die Interessen dieser Beamtenkategorie wahrzunehmen. Diese Neuer-Kommission hatte nun zu Sonntag, 19. November, eine Teuerungs-Professorenversammlung nach der „Neuen Welt“ in Berlin einberufen, und den Reichskanzler, sämtliche Minister und Staatssekretäre gebeten, Vertreter zu der Versammlung zu entsenden. Darauf haben, wie dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wird, mit Ausnahme des Reichspostamtes alle Minister und Staatssekretäre einen Tag vor der Veranstaltung folgende Verfügung an die ihnen unterstellten Behörden geschickt:

„Namens eines sogenannten Neuer-Ausschusses sind die Unterbeamten aller Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden anlässlich der jetzigen Teuerungsverhältnisse zu einem, am Sonntag, den 19. dieses Monats in der „Neuen Welt“, Bahnhofsplatz 108/113, stattfindenden „Allgemeinen deutschen Unterbeamtenstag“ einberufen worden.“

Aus disziplinarischen Gründen scheint es angezeigt, auf die Unterbeamten in Berlin und seinen Vororten in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß sie sich von dieser Versammlung fernhalten. Es dürfte ihnen unter anderem besonders vorzuhalten sein, daß gerade für die Unterbeamten durch die vor zwei Jahren abgeschlossene Preissteigerung wichtiger Nahrungsmittel inzwischen erheblich gemindert sei. Die Beamten müßten auch bedenken, daß sie insofern günstiger gestellt seien als die Angehörigen anderer Berufsstände, als ihnen im Falle wirklicher Not durch Unterstützungen aus staatlichen Fonds geholfen werde. Schließlich müßte es den Unterbeamten auch einleuchten, daß es dem Vertrauensverhältnis zu ihren Vorgesetzten nicht förderlich sein könne, wenn sie durch Teilnahme an Massentendungen — wie der geplanten — die öffentliche Meinung zu beeinflussen suchten.

Zur rechtzeitigen Befamntgabe sind die erforderlichen Nebeneingabe beigefügt.“

Diese Verfügung war an die Chefs der Behörden gerichtet und wurde nur in verschlossener Mappe und von Hand zu Hand an die mit der Verwarnung der unteren Beamten beauftragten Vorgesetzten weitergegeben.

Natürlich ist die Verwarnung auch erfolgt, wie erzählt wird, zum Teil in außerordentlich rücksichtslosen Formen. Auf dem Berliner Hauptpostamt wurde mit den Folgen gedroht, wenn hoch jemand die Versammlung besucht. Alle diese Drohungen haben indes nichts genützt: Die Versammlung war trotzdem von mehreren tausend Unterbeamten besucht. Aus ca. 60 Städten waren Zustimmungstelegramme eingegangen.

Eine besondere Stellung nahm der Berliner Polizeipräsident v. Jagow zu der Versammlung ein; er war der einzige, der von den 37 eingeladenen Chefs der Behörden eine Antwort gab; sie lautet:

„Königliches Polizeipräsidium, 7337 P. J./1911.“

Ich halte jeden Versuch der Polikalisierung des Unterbeamtenstandes als Standes für verwerflich, da er dem Staate und insbesondere dem Staate selbst nur Schaden kann. Ein Zusammenschluß von Beamten, um vom Staate wirtschaftliche Vorteile zu erzwingen, ist mit dem Beamtenstand unvereinbar. Ein Zusammenschluß

gegenüber den Erwerbständen in der laut Nr. 18 der „Deutschen Unterbeamtenzeitung“ geplanten Art widerspricht dem öffentlichen Interesse.

Daher lehne ich es ab, der Einladung zu einem „Agomeinen deutschen Unterbeamtenlager“ zu folgen.

gez. v. Jagow.

Wie die Versammlung zeigte, lassen sich die Beamten weder durch ministerielle Verfügungen noch durch die im Jagow'schen Kapibaralle gehaltenen Verurteilung des Berliner Polizeipräsidenten abhalten, ihre Interessen zu vertreten. Wie ihre Interessen am besten vertreten werden, darüber einiges im heutigen Leitartikel.

Die bayerischen Gemeinderatswahlen.

Die Gemeinderatswahlen in München endeten mit einem glänzenden Ergebnis für die Sozialdemokratische Liste 13,756, für die Liste der Hausbesitzer 2602, für die der Liberalen 10,242, für die des Zentrums 7758 und für die Liste der Antisemiten 928 Stimmen. Nach den vorläufigen Berechnungen erhalten Sitze: Die Sozialdemokraten acht, die Liberalen sechs, das Zentrum vier und die Hausbesitzer einen. Der übrigbleibende Sitz fällt entweder den Antisemiten oder dem Zentrum zu. Die Stimmen der Sozialdemokraten steigerten sich seit der letzten Wahl um rund 5000. Das ist ein Zuwachs von 57 Prozent.

Gleich erfreulich ist das Resultat von Nürnberg: Gewählt sind zehn Sozialdemokraten, sieben Liberale, je ein Demokrat, ein Mittelständler und ein Zentrumsmann. Die Liberalen verlieren zehn Mandate an die Sozialdemokraten. Wir haben nunmehr zwanzig Sitze von sechzig.

Landtagswahl in Berlin.

Im fünften Berliner Landtagswahlkreis wurde für den verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Borgmann am Dienstag der Genosse Julian Borchardt, Schriftsteller in Berlin, mit 314 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei, Stadterordneter Goldschmidt, erhielt nur 166 Stimmen.

Noch eine „Novemberbotschaft“!

Vor einigen Tagen hat die offizielle Presse den dreißigsten Geburtstag der sog. „Novemberbotschaft“ gefeiert, jener Thronrede Wilhelm I. vom 17. November 1861, in der es hieß:

Schon im Februar dieses Jahres haben Wir unsere Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohls der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstag diese Aufgaben von neuem ans Herz zu legen.

Man hat den Gedächtnistag dieser Novemberbotschaft aufs neue dazu benützt, das „soziale Königtum“ zu preisen und das Vertrauensverhältnis zwischen der Hohenzollern-dynastie und „ihrem“ Volke in den glänzendsten Farben zu schildern.

Am 23. November jährt sich aber auch zum zwanzigsten Mal das Gedächtnis einer anderen Novemberbotschaft des Hauses Hohenzollern an das arbeitende Volk. Am 23. November 1891 hielt Wilhelm II. bei der Refrutenvereidigung der Garberegimenter in Potsdam eine Ansprache, in der er sagte:

„Kinder meiner Garde, mit dem heutigen Tage seid ihr meiner Armees einverleibt worden, steht jetzt unter meinem Befehl und habt das Borrecht, meinen Ruf tragen zu dürfen. Tragt ihn in Ehren. Denket an unsere ruhmreiche vaterländische Geschichte; denket daran, daß die deutsche Armeegerüstet sein muß gegen den inneren Feind sowohl als gegen den äußeren. Mehr als je hebt der Unglaube und der Mißmut sein Haupt im Vaterlande empor und es kann vorkommen, daß ihr eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern, niederstreichet oder tödelt müßt. Dann besiegelt die Treue mit der Aufopferung eures

Herblutes. Und nun geht nach Hause und erfüllt eure Pflichten.“

Die düsteren Prophezeiungen Wilhelms II. erfüllten sich nicht. Die Garberegimenter von 1891 kamen nicht in die Lage, auf Befehl des Kaisers Bruder, Mutter und Vater töten zu müssen, sie sind heute Männer in den vierziger Jahren und wahrscheinlich sind sie zumeist in Erinnerung an die damals gehörte Rede gute Sozialdemokraten geworden.

Das Proletariat antwortete auf die kaiserliche Kriegserklärung mit der Waffe des Stimmentfels. Hatte sich die Stimmzahl der Sozialdemokraten nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. schon verdoppelt (1887: 763 100, 1890: 1 127 800), so stieg sie 1893 auf: 1 786 700, 1898 auf: 2 071 000, 1903 auf: 3 010 800, 1907 schließlich auf: 3 258 000, sie wird von heute in sieben Wochen hoffentlich noch viel höher sein.

Wenn auch Neuerungen wie jene vor zwanzig Jahren mit der Zeit leiser geworden, so ist das System der Unterdrückung in Preußen-Deutschland noch immer im wesentlichen dasselbe geblieben. Man hält nicht mehr Neben wie am 23. November 1891, aber — am 12. November 1911 war das Berliner Militär aus Anlaß der zwölf sozialdemokratischen Friedensversammlungen in den Kasernen konfigniert. Auch das war eine „Novemberbotschaft“ des herrschenden Kurtes an das friedliche Arbeitsvolk von Berlin!

Die Sozialdemokratie will, daß der Wille des Volkes oberstes Gesetz sei. Sie will aus dem stehenden Heer ein Volksherr machen, dazu bestimmt, die Interessen des Volkes, entsprechend seinen eigenen Wünschen, zu schützen und zu verteidigen, nicht aber auf Vater und Mutter zu schließen. Dieser Forderung machtvollen Ausdruck zu geben, bietet der 12. Januar abermals Gelegenheit.

Der nationalliberale Parteitag

wird von der gesamten ultramontanen und konservativen Presse höchst abfällig kritisiert. Man tut dort so, als ob der Vorschlag der liberalen Geheimräte in das Lager der roten Revolution eine vollzogene Tatsache wäre. So meint die „Deutsche Tageszeitung“:

Daß sich die nationalliberale Partei mit solcher Schärfe gegen das Zukunftsdenken mit den anderen nationalen Parteien ausgeworfen hat, zeigt wohl, wie weit sie sich unter ihrer jetzigen Führung von ihren alten Traditionen entfernt hat. Man kann es tief beklagen, daß die nationalliberale Partei bei dem kommenden Wahltage die Rüstung zwischen ihr und den positiven Staatsparteien noch vertieft und erweitert will; man muß es bedauern, daß sie dabei tatsächlich den Mauerbrecher der Demokratie spielen wird — aber man muß sich damit abfinden.

Die „Kreuzzeitung“ findet es äußerst kennzeichnend, daß dem Schmähwörter Herr Cremer aus Hagen, als er vom „neidischen Engländer und vom hinterlistigen Franzmann“ sprach, das Wort „Kinderrei“ aus der Versammlung zugerufen wurde. Sie meint dazu:

Der Ruser hat damit bewiesen, wie weit er und seine Gesinnungsgenossen für die Bundesgenossenschaft mit der Sozialdemokratie gekommen sind. Es ist weit mit den Nationalliberalen gekommen, wenn ein manhaftes Wort auf ihrem Parteitag schon als Kinderrei bezeichnet werden kann. Das ist die Frucht des Teufelsmechels mit der Umsturzpartei.

Die Umsturzpartei kann mit dieser ihr von der „Kreuzzeitung“ zugesprochenen Frucht ihrer Erziehung jedenfalls zufrieden sein. Unter vernünftigen und gebildeten Menschen gibt es ein solches Aburteilen zweier großer Nachbarn, wie es Herr Cremer betreibt, allerdings als läppisch und unreif. Wenn die „Kreuzzeitung“ den treffenden Zwischenruf nur auf sozialdemokratischen Einfluß zurückführen zu können glaubt, so muß sie wohl in der Sozialdemokratie die Quelle aller politischen Vernunft erblicken.

Blöß die „Post“ erkennt hinter der täuschenden Schale der liberal schillernden Redensarten den ihr wohlgefälligen christlich-katholischen Kern. Sie stellt fest, daß über das tatsächliche

Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie in der Partei durchaus keine Einigkeit besteht und fährt fort:

Tagegen ließ sich aus den Worten Cremers und den Zwischenrufen der Versammlung leicht erkennen, daß man in Westfalen mit Recht daran denkt, mit dem Zentrum gemeinsame Sache gegen die Sozialdemokratie zu machen.

Die „Post“ weiß jedenfalls so gut wie andere Leute, daß man nicht nur daran denkt, bei den Stichwahlen im Westen mit dem Zentrum gemeinsame Sache zu machen, sondern daß man zu diesem Zweck in aller Stille schon alle möglichen Sicherungen und Vorbereitungen getroffen hat.

Nationalliberale und Zentrum im Ruhrgebiet.

Vor einigen Tagen machte ein Artikel des „Berliner Tageblattes“ die Runde durch die Presse, in dem behauptet wurde, daß die Kompromißverhandlungen zwischen Zentrum und Nationalliberalen im Ruhrgebiet endgültig gescheitert seien. Im nämlichen Artikel fand sich aber der auffallende Widerspruch, daß der „nationale“ Kandidat für Essen, Real- und Schuldirektor Dr. Steincke (einen nationalliberalen Kandidaten gibt es dort nicht), schon eine Art Stichwahlparole für das Zentrum ausgegeben habe.

Das „nationale“ Wochenblatt in Essen, „Deutsche Blätter“, bestritt die Angaben des „Berliner Tageblattes“ in der eigentümlichen Art, daß im „Wahlkreis Essen“ keine Verhandlungen stattgefunden hätten und daß die Nationalen dort selbst in die Stichwahl kommen wollten. Daraus konnte man schon lesen, daß außerhalb Essens Verhandlungen stattgefunden haben, nicht besonders für den Wahlkreis Essen, wohl aber für das gesamte Ruhrgebiet.

Eine zur Eröffnung des Wahlkampfes am Sonntag in Essen stattgehabte Versammlung der Nationalen bestätigte diese Annahme. Die Redner, der nationalliberale Rechtsanwalt Kemptes-Offen und der nationale Kandidat Dr. Steincke, griffen die Sozialdemokratie in der heftigsten Weise an, streuten dem Zentrum hingegen Wehrauch für die „ruhige, vornehme Art“, in der es den Wahlkampf führte! Der Rechtsanwalt Kemptes führte aus:

„Einen Linksabmarsch der nationalliberalen Partei gibt es nicht. Die entgegenstehenden Behauptungen beruhen auf skandalöser Wahlmacherei. Die Sozialdemokratie negiert Familie, Vaterland und Gesellschaft, sie ist aufgebaut auf Verheugung, sie bleibt — ob radikal oder republikanisch — Todfeind von Staat und Gesellschaft, ihr Schema ist die Gleichmacherei. Mit einer solchen Partei vaktieren wir nicht.“

Der Kandidat Dr. Steincke erging sich in noch plumperen Angriffen auf die Sozialdemokratie, worauf er seine Stellung zum Zentrum wie folgt umschrieb:

„Dem Zentrum ist zwar der Vorwurf zu machen, daß es mit den deutschfeindlichen Polen, Russen und Estländern Politik treibt und daß es die konfessionellen Geansätze verschärft. Es ist aber anzuerkennen, daß es im nationalen und monarchischen Sinne wirkt. Es kann nicht behauptet werden, daß es eine Marschroute aus Rom bezieht. Deshalb können wir mit ihm gemeinsam arbeiten an der Weiterentwicklung des Staatslebens. Und beide wollen wir wirken gegen die Partei des Umsturzes und des Klassenkampfes.“

Beide Redner beteuerten dann allerdings, daß es für sie nur den 12. Januar gäbe und daß keinerlei Anpassungen ihnen eine Stellungnahme zur etwaigen Stichwahl entlocken könnten. Fügt man noch hinzu, daß die Stellung dieser „Liberalen“ zur Teuerung ganz dem Standpunkt des Zentrums zur „bewährten Wirtschaftspolitik“ gleicht, so dürfte damit der Wert der Behauptungen, daß die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalliberalen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gescheitert seien, hinreichend gekennzeichnet sein.

Königstreue — gegen den König. In der konservativen „Zeitung für Hinterpommern“ sind in einem Leitartikel Offenherzigkeiten ausgeplaudert worden, die den Politikern nicht überraschen, die aber bis jetzt von den Kon-

Die letzten Tage von Pompeji.

Von E. Bulwer.

Es war Mode bei den höchsten Alten, sich Schmeicheleien zu lassen so oft die Gelegenheit sich dazu darbot; auch galt es für ein Zeichen schlechter Erziehung, sich, wenn man bei dem Wirt eingetreten war, sogleich zu setzen. Nach der Begrüßung, die gewöhnlich in dem vertraulichen Händedruck, den wir noch beibehalten haben, hiemit auch in einer Umarmung bestand, brachten sie einige Zeit damit zu, den Saal in Augenschein zu nehmen, und die Bronzen, Gemälde und Möbel zu bewundern, mit denen er geschmückt war; eine nach unsern vorerwähnten englischen Begriffen, welche die Gleichgültigkeit zu einer Selbstvergessenheit des ganzen Tages machen, sehr ungeschickte Mode; wir möchten um alles in der Welt nicht Vieles in dem Hause eines Fremden bewundern, damit man nicht glauben könne, wir hätten nicht schon etwas Schöneres gesehen.

„Dies ist eine herrliche Statue des Bacchus!“ — sagte der römische Senator.

„Eine Kleinigkeit“, erwiderte Diomedes.

„Welche vorzügliche Gemälde“, sagte Fulvia.

„Kleinigkeiten“ — antwortete der Senator.

„Die Künstler diese Wandbilder gearbeitet sind!“ — sagte der Krieger.

„Die Künstler!“ — wiederholte seine Umbr.

„Kleinigkeiten! Kleinigkeiten!“ — entgegnete der Kaufmann.

Glaukus war an eines der Fenster jener Galerie, die mit den Statuen in Verbindung stand, getreten, und ließ Hand die kleine Julia neben ihm.

„Es ist eine atemberaubende Jugend“, sagte die Tochter des Kaufmanns, „diejenigen zu bewundern, die wir einst bewunderten.“

„Nein — ichne Julia!“

„Wir scheinen es aber eine von den Eigenschaften des Glaukus zu sein.“

Glaukus verneinte niemals einen Strahl oder eine Freundin, erwiderte der Grieche, indem er auf des letzte Wort seinen Nachbarn legte.

„Daher sah Julia zu seinen Fremdbildern gehen?“

„Es wäre für den Vater selbst eine Ehre, eine Lebenswürdige Freundin zu besitzen.“

„Du wirst meiner Frage aus“, erwiderte die verheiratete Julia; „aber sage mir, ist es wahr, daß du die Neapolitaner zu Hause bewunderst?“

„Befehlt nicht die Schönheit unsere Bewunderung?“

„Ah, gewandter Grieche, immer noch suchst du mir zu entgehen. Aber jetzt, darf Julia sich in der Tat deine Freundin nennen?“

„Die Götter seien gelegnet, wenn Julia mich so ehren will; ich werde diesen Tag für immer weiß bezeichnen.“

„Aber schon indem du so sprichst, ist dein Auge unruhig. Keine Gemütsfarbe wechselt — du bewegst dich unwillkürlich — es zieht dich zu Jone hin.“

„In diesem Augenblick war Jone wirklich eingetreten und Glaukus hatte die durch die eiferfüchtige Schönheit bemerkten Bewegungen verraten.“

„Kann die Bewunderung eines weiblichen Weibes mich der Fremdbildheit eines andern unwürdig machen? Rechtfertige nicht, o Julia, die Schmähungen der Dichter gegen dein Geschlecht.“

„Aberdings, du hast recht; oder ich will es wenigstens glauben. Glaukus, noch einen Augenblick; — du wirst dich mit Jone vernünftigen, nicht wahr?“

„Denn des Schicksals es befehlet, so ist es meine entzündende Hoffnung.“

„Nun, sie nimm denn von mir als Zeichen unserer neuen Freundschaft, ein Geschenk für deine Braut an. Nein, weitgereicht nicht, wie du weißt, ist es unter Freunden gebräuchlich, der Braut und dem Brautigam einige geringe Beweise der Achtung zu geben.“

„Julia, ich kann dir keinen Beweis deiner Freundschaft beweisen. Ich will die Gabe wie ein Damen von der Forman selbst annehmen.“

„Dann laß mich, wenn die Götter fort sind, mit mir in mein Zimmer, und empfangt es aus meinen Händen. Aber vergiß es nicht — und jetzt verließ sie Glaukus, der sich zu Jone begab, so wie Julia zur Gemahlin des Pania.“

Die kleine Julia und die Gattin des Adils warteten in einer leiseren Unterredung begriffen.

„Ich verzeihe dir, o Julia, daß nach den letzten Nachrichten aus Rom der Kopfputz mit den kurzen Locken aus der Mode gekommen ist; was trägt, das Haar jetzt, wie das der Jone, immer, oder auch helmförmig — die galanteste Mode, nicht wahr, wie ich sie trage; es macht dich hübsch und schön.“

„Ich verzeihe dir, daß es Befehls (dieses war der Name des Heiden aus Herulanum) sehr gefallt.“

„Aber niemand trägt das Haar, wie jene Neapolitanerin, nach galantester Art?“

„Das, auf der Stirne geschleift und hinten in einen Kranz gewunden? O, nein, wie lächerlich ist das! es erinnert an die Statue der Diana. Aber diese Jone ist hübsch, ist?“

„Sie gefällt den Männern, aber sie ist auch reich; sie wird den Aigener heiraten; ich wünsche ihr viel Glück.“

denke, er wird ihr nicht lange treu bleiben; diese Fremden sind sehr unbeständig.“

„So, Julia“, sagte Fulvia, als die Tochter des Kaufmanns zu ihnen trat, „hast du den Tiger schon gesehen?“

„Nein!“

„Aber alle Damen sind hingegangen, um ihn zu sehen. Er ist so hübsch!“

„Ich hoffe, wir werden irgend einen Verbrecher oder sonst jemand für ihn und den Löwen finden“, erwiderte Julia; „dein Gemahl (indem sie sich zu Panias Gattin wendete) scheint in dieser Angelegenheit sich nicht Mühe geben zu wollen.“

„Ja, die Gesetze sind nicht streng genug“, sagte die Dame mit dem galantesten Kopfputz; „es gibt so wenige Verbrecher, für welche die Strafe der Arena stattfinden kann, und die Gladiatoren werden auch zu wenig.“ Die hübschen Besatzen erklärten sich willig genug, mit einem Löwen oder Schlangen zu kämpfen, aber mit einem Löwen oder Tiger wird ihnen die Sache zu ernsthaft.“

„Sie sind einer Mitra*) würdig“, erwiderte Julia verächtlich.

„Ja, sagte die Gattin des Panias, „hast ihr schon das neue Haus unseres trefflichen Dichters, des Fulvius gesehen?“

„Nein, ist es schön?“

„O, so geschmackvoll — aber man sagt, meine Teure, daß es so eigne Gemälde hat. Er will sie den Damen nicht zeigen; wie ungezogen!“

„Diese Dichter sind immer sonderbare Menschen“, sagte die Witwe. „Aber es ist ein interessanter Mann — welche hübsche Verse schreibt er! Wir machen große Fortschritte in der Dichtkunst, es ist unmöglich, das alte Zeug jetzt noch zu lesen.“

„Ich bin auch deiner Ansicht“, bemerkte die Dame mit dem helmförmigen Kopfputz, „in der neuern Schule ist weit mehr Kraft und Fülle.“

Der Krieger trat zu den Damen.

„Es verjöhnt mich mit dem Tode“, sagte er, „wenn ich solche Schönheiten sehe.“

„O ihr Gelder seid immer Schmeichler“, erwiderte Fulvia, indem sie sich beeilte, das Kompliment besonders auf sich selbst zu beziehen. (Fortsetzung folgt.)

*) Distikeln wurden Mützen auch von Männern getragen, doch galt dies immer für ein Zeichen großer Weisheit. — Der Mitra würdig sein, hieß daher soviel, als sich wenig wert sein. Es ist auffallend, wie viele neuere Ansichten sich aus dem Altertum herleiten lassen. Ohne Zweifel war es dieser klassische Begriff von den Mützen, welcher Herrn Ripon so eifrig für die Verteilung der Bischofs Mützen ließ. Das Latein ist eine böse Sprache!

servativen stets bestritten worden sind. Der Artikel enthält in der Einleitung folgende Sätze:

„Auf absehbare Zeit hinaus wird ein deutscher Reichskanzler kaum ohne die konservativen Regierungen zu sein, nicht nur wegen ihrer einflussreichen Stellung im Reichstage und ihrer vorherrschenden Stellung im Abgeordnetenhaus, sondern weil sie auch weitaus die meisten Stellen der preussischen Verwaltung mit ihren Anhängern besetzt haben und weil sie obendrein einen hohen Einfluss in der Armee und in der Post besitzen. Deshalb wird Herr v. Bethmann-Hollweg zweifellos seinen Frieden mit den Konservativen machen müssen.“

In dem Artikel, der nicht nur von dem Zusammenstoß des Kanzlers mit den Konservativen, sondern auch von dem Konflikt des bayerischen Ministeriums mit der dortigen Zentrumspartei handelt, finden wir ferner folgendes Geändertes:

„Wenn schon die preussische Regierung, falls sie Wahlen gegen die Konservativen machen wollte, den größten Teil der ihr unterstellten Landräte gegen sich hätte, so hat natürlich die bayerische Regierung, wenn sie gegen das Zentrum Wahlen machen will, die ganze katholische Geistlichkeit erst recht gegen sich. Die katholische Geistlichkeit aber ist in den ländlichen bayerischen Wahlbezirken in demselben Maße der Wahlmacher wie der Landrat in den preussischen ländlichen Bezirken.“

Hier wird mit dürren Worten gesagt: Wenn du Regierung, Wahlen gegen die Konservativen machst, findest du den größten Teil der Landräte in der Arbeit gegen dich.

Wir sind zwar die alleinigen Herren — aber gegen die königliche Regierung, wenn sie uns nicht paßt. Das ist nicht, wird aber selten so offen gesagt.

Ueber die Vorgeschichte des deutsch-französischen Abkommens ist nunmehr der vom Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter gelegentlich seiner Mitteilungen am 17. November angeforderte Bericht festgestellt. Auch in der Dienstaufsicht der Untersuchungskommission des Reichstages hat Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter weitere Mitteilungen aus der Vorgeschichte des Marokko-Abkommens gegeben.

Werner Dr. Solz teilte mit, vorläufig würden 2 1/2 Millionen Mark für Großamerika in den Etat eingelegt werden. Staatssekretär Wernicke erklärte, der französische Kongress werde eine Einnahme von 6 Millionen aus der Kolonie und einen Zuschuß des Mutterlandes von 1 1/4 Millionen Francs auf. Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter gab eine Darstellung des Ganges der Verhandlungen.

Der „Post. Bzg.“ wird dazu von einem Mitgliede der Budgetkommission geschrieben: „Hätte die Regierung den Vertretern der einzelnen (bürgerlichen) Fraktionen schon vor den Verhandlungen im Plenum auf vertraulichem Wege diese Aufschlüsse über ihre Haltung im ganzen Marokkoprozesse gegeben, wir hätten im Reichstage nicht jene in seiner Geschichte einzigartige Szene erlebt, daß sich der leitende Staatsmann in einer bedeutenden Frage der auswärtigen Politik völlig isoliert sah. So konnte es denn nicht ausbleiben, daß in der Kommission nach den Darlegungen des Staatssekretärs die Stimmung gänzlich umschlug und die Redner der einzelnen (bürgerlichen) Parteien, wenn auch einige zögernd und mit Vorbehalten ihre Zustimmung zur Marokkopolitik der Regierung aussprachen, während sie die Politik im Plenum des Reichstages zum Teil entschieden verurteilten hatten. Man versteht es auch heute noch nicht, welche Gründe die Regierung im Juli nach der Rede des englischen Ministers Lloyd George bestimmt haben, sich in Schweigen zu hüllen und dadurch im deutschen Volke den Glauben zu erwecken, als habe sie diese Rede ruhig hingenommen, während die Regierung damals in Wahrheit in der entscheidendsten Weise gegen die Worte des englischen Ministers Einspruch erhoben hat.“

Wahlrechtsbeschränkung im „liberalen“ Oldenburg. In dem 8000 Einwohner zählenden Oldenburg, der in den letzten Jahren eine äußerst rapide industrielle Entwicklung durchgemacht hat, haben es die organisierten Arbeiter verstanden, sich auch einen nennenswerten Einfluß auf die Stadtverwaltung zu erringen. So wurden 1907 unter 15 Stadtverordneten sieben Sozialdemokraten gewählt. Auch jetzt entsand unsere Genossen seit Wochen eine lebhaftige Tätigkeit, um bei der am 28. November stattfindenden Stadttratswahl diese Zahl noch zu erhöhen. Jetzt ist den Gegnern der Sozialdemokratie die Stadtverwaltung zu Pflze gekommen. Sie hat ca. 100 Arbeiter miterteilt, daß sie wegen rückständiger Steuern aus der Wählerliste gestrichen worden sind. Wie zum Lohn für den Betroffenen angeingeworfen worden, dagegen innerhalb sieben Tagen Einspruch zu erheben. Bis zur Entscheidung ist natürlich die Wahl längst vorbei. Das unerhörte Vorgehen gründet sich auf Artikel 6 der Gem.-Ordnung, wonach derjenige wahlberechtigt ist, der zu den Gemeindefakten beiträgt. Die Spruchpraxis legt diese Bestimmung so aus, daß der Betreffende seit 8 Jahren ununterbrochen in der Gemeinde wohnen und Steuern gezahlt haben muß. Ist er auch nur einmal, dazu nicht in der Lage gewesen, wird ihm rückwärts das Wahlrecht kassiert.

Die Gesetzeskenntnis organisierter Arbeiter rühmt der badische Oberamtmann Fehrenbach auf dem Gantag der städtischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen in Wolfach. Er wies darauf hin, daß die Handwerker auf dem Gebiete der Handwerkerseinerhebung und der Arbeiterversicherung weder die ihnen aufgelegten Pflichten noch die eingeräumten Rechte kennen, und fuhr dann fort:

„Wenn organisierte Arbeiter auf mein Büro kommen, entwickelt sich der Verkehr meist glatt; die meisten Arbeiter wissen, was sie wollen, und kennen die einschlägigen Paragraphen, der ihre Interessen verübenden Gesetze so genau, daß ich schon oft darüber erstaunt war. — Bei den Handwerkern ist dies leider nicht der Fall; sie tappen oft im Dunkeln, obwohl ihnen alle sachlichen Organe und sonstigen Einrichtungen der Handwerkskammern zur Seite stehen.“

Den mit dem Arbeiterleben Vertrauten sagt dieses Urteil nichts Neues; wird es aber von der anderen Seite ausgesprochen — die Verwaltungstätigkeit eines badischen Oberamtmanns rangiert auf der gleichen Stufe, wie die des preussischen Landrats —, dann ist es immerhin des Regierens wert.

Aus dem sächsischen Landtage. In der Sitzung vom Montag stand u. a. ein Antrag der Nationalliberalen zur Abänderung der Bestimmungen über die Feuerbestattung auf der Tagesordnung. Es handelte sich um Abänderungen der rigorosen Bestimmungen der Feuerbestattung. Von unserer Seite sprach Genosse Jilge. Er wies darauf hin, daß diese schändlichen Bestimmungen wahrscheinlich mehr deshalb geschaffen worden seien, um die Feuerbestattung zu erschweren, als etwa wegen der Entfernung von Verbrechen usw.

Bei einem anderen Punkt der Tagesordnung, Landes-Medizinarien, forderte Genosse Rie in der der eventuellen Einrichtung eines Landesgesundheitsamts, das von der Regierung angefordert wurde, eine Vertretung der Krankenkassen. Schließlich war noch ein konservativer Antrag zu behandeln, der sich mit dem „Kinematographen-Verweh“ befaßte. Von unserer Seite sprach Genosse Feld. Er befürchtete, daß der Antrag zu einer gewissen Tendenz führen könne. Man habe schon jetzt in tendenziöser Weise eingegriffen. So habe man die Filme von dem Begräbnis Eingers, von einem Missetatung usw. verboten, während fittliche und ästhetisch anstößige Filme unbeanstandet blieben.

Wasser auf die Mühlen der Kriegshörer. Die „Post“ schreibt: „Die englischen Blätter sind mit Berichten und Zeitartikeln über die Entschlüsse des englischen Kapitäns Haber gefüllt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die mit der Suche nach den deutschen Torpedobooten an der schottischen Küste beauftragten britischen Kreuzer Befehl hatten, jedes deutsche Torpedoboot, das sie „versteckt“ auffinden sollten, ohne weiteres zu zerstören. Die nicht bestrittenen Tatsachen sprechen Bände! Also mitten im Frieden werden die englischen Kreuzer auf die Jagd nach deutschen Torpedobooten ausgesandt. Wie nun, wenn die deutschen Boote nicht den Befehl erhalten hätten, in die Ostsee zurückzuführen, sondern in den nördlichen Gewässern der Nordsee manövriert hätten? Was dann geschehen wäre, darüber ist sich jeder klar, der die Stimmung in der englischen Marine kennt. Die Kreuzer hätten jedes deutsche Boot, ob „versteckt“ oder nicht, in den Grund gehöhrt. Und das mitten im Frieden! Damit wäre der Krieg dagewesen!“

Die Kolonialgesellschaft bedauert das Kongoabkommen. Der Gesamtverband der Deutschen Kolonialgesellschaft hat in seiner Berliner Tagung am Dienstag eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Deutsche Kolonialgesellschaft spricht ihr Bedauern darüber aus, daß ihre berechtigten Wünsche bei dem Marokko-Kongoabkommen nicht berücksichtigt worden sind. Sie stellt sich aber nun, da das Abkommen abgeschlossen ist, auf den Boden der Tatsache und spricht nur noch die Erwartung aus, daß die Deutschland zugesicherten Rechte mit allem Nachdruck gewahrt bleiben, und daß wir mit unserem Gebiet den Umfang an einer für große Schiffe dauernd fahrbaren Stelle erreichen.“

Die Resolution wird dem Reichskanzler unterbreitet werden. **Ein Reichsnahrungsmittelgesetz in Vorbereitung.** Im Reichsgesundheitsamt beginnen jetzt die Beratungen über den Entwurf eines neuen Nahrungsmittelgesetzes. In erster Linie handelt es sich darum, für eine ganze Reihe von Produkten, wie beispielsweise Kaffee, gewisse Mindestgrenzen in Bezug auf Reinheit festzulegen, über deren Maß die Ansichten der Interessenten naturgemäß auseinandergelien. Es werde erforderlich sein, durch das Gesetz eine Instanz zu schaffen, welche in allen Fällen für Nahrungsmittel das Mindestmaß in Bezug auf Reinheit festlegt.

Ein Melktheatergesetz. Zur Vorbereitung eines Melktheatergesetzes, das voraussichtlich dem Reichstage im nächsten Jahre zugehen wird, wird im Reichsamt des Innern am 14. Dezember eine Kommission zusammengetreten, in der der Vorentwurf eines Melktheatergesetzes begutachtet werden soll.

Russland.

Das soziale Laboratorium Europas.

So nennt der Pariser Professor Dr. Broda in einem im Oktoberheft der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ erschienenen Artikel jenes bewundernswürdige, winzige staatliche Gebilde hoch oben im Norden, Finnland, auf dem der besitzlose Sozialismus in der Tat seine ungeklärte Lage gegen die Ministerpräsidenten des Reiches in der Duma unumwunden ausführt, zu zerreißen und Stückchen zu zerhacken.

Das soziale Laboratorium Europas! Auf Grund von Beobachtungen, die Broda anlässlich einer im Auftrag des Instituts für internationalen Austausch fortgeschrittener Erfahrungen unternommenen Vortragsreise angestellt hat, läßt er sich berichten, dem so schwer belangeluchten Ländchen, dessen Schicksal einen unauslöschlichen Platz in der Geschichte der Menschheit bedeuten wird, einen solchen Ehrennamen zu verleihen. Und wahrlich nicht mit Recht! In doch Finnland gerade derjenige Staat, in dem, um mit Broda zu sprechen, keine Reformgedanken zum ersten Male praktische Anwendung finden, von dem aus Erfahrungen hinausgehen, zunächst zu den skandinavischen und kulturellen Völkern des skandinavischen Nordens, dann in die weite Welt, überall zu sozialen und kulturellen Fortschritten anregend. Finnland war im Jahre 1905 der erste Staat in Europa, der für sein Parlament das wirklich gleiche und gerechte aktive und passive Wahlrecht aller Männer und Frauen mit proportionaler Vertretung der politischen Parteien zum Gesetze erhob. Finnland ist der erste und bisher einzige europäische Staat, in dem derartige Frauenrechte auf das politische Leben die Einfuhr, Erzeugung und der Verkauf von Alkohol gesetzlich verboten ist. Aber auch im Kleinen hat Finnland diese für andere Länder beispielgebende Reformen geschaffen und mit sozialen Mischständen aller Art in radikaler und nachahmungswürdiger Weise aufgeräumt. So hat es zuerst in Europa die in höchstem Grade gesundheitsgefährliche Nachtarbeit im Bäckergewerbe beseitigt. Nicht minder vorbildlich ist das finnische Schulsystem. Dort vorzüglichen Elementarschulen erreichen die Analphabeten des Landes nicht einmal 1 Prozent der Bevölkerung und durch musterhafte Volkshochschulen wird schon seit Jahrzehnten in allen Städten und Dörfern des Landes das allgemeine Bildungsniveau so gehoben, daß es das der großen, alten westeuropäischen Kulturländer bei weitem übertrifft. Den Frauen stehen Universitäten und alle dortigen höheren Bildungsanstalten in derselben Weise offen wie den Männern.

Und wie der Staat, so machen sich auch die städtischen Kommunen alle Fortschritte der modernen Zivilisation zum Nutzen und der strengsten Anforderungen in hygienischer und verkehrstechnischer Hinsicht gerecht zu werden. Wie sehr die autonomen städtischen Verwaltungen von sozialem Geiste erfüllt sind, beweist der Umstand, daß nicht nur die Hauptstadt Helsinki, sondern auch kleinere Städte, wie Porvoo, Wiborg, Åbo, Ålesborg etc. seit Jahren schon den Bau von Arbeiterhäusern erfolgreich in die Hand genommen haben.

Weiter erfahren wir aus Brodas Artikel nichts über die Ursachen all dieser Phänomene, die Finnland tatsächlich zum „sozialen Laboratorium“ Europas stempeln. Und doch wäre es ihm ein Leichtes gewesen, sie zu erkennen, wenn er den finnischen Parteiverhältnissen einen Zell seiner Beobachtungen gewidmet hätte. Die größte Partei in Finnland, die mit dem größten Einfluß auf das öffentliche Leben ausübt, ist nämlich die Sozialdemokratie. Sie ist unter den sozialdemokratischen Parteien aller Staaten die relativ größte und war auf dem besten Wege, das soziale Finnland binnen kurzem bereits in ein sozialistisches zu verwandeln. Diese ganze Entwicklung wird jetzt durch die drohende Auflösung des Landes durch das barbarische Vorgehen in Frage gestellt. Hoffentlich wird es aber unseren zielbewußten finnischen Genossen doch gelingen, den reaktionären Geist der Freiheit und des Fortschritts in der Bevölkerung weiter zu pflegen, und dann kann der finnische Bissen dem russischen Bären noch recht, recht schlecht bekommen.

Aus Oberschlesien.

Pflichtgemäß behandelt.

Vor einigen Wochen berichteten wir, daß zwei Beuthener Polizeibeamte alle Geschäftsklienten aufsuchten, die im Bezugsquellverzeichnis der „Gazeta Robotnicza“ infiziert, und dort nach dem Inhaberamt, der ihnen nicht unbekannt gewesen sein dürfte, forschten. Diese ungemessenen und ohne jede Ursache vorgenommenen Ausfragen hatten natürlich zur Folge, daß die Geschäftsklienten, die irrtümlich in die Listen, von der Gnade der Polizei zu leben, glücklich wurden, und einer sofort mit dem Informatoren aufträte. Durch diese polizeiliche Maßnahme läßt sich der Akquisitor, Genosse R. Kofenik, geschädigt. Er stellte gegen die beiden Beamten bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag, worauf er folgenden Bescheid erhielt:

„Auf den Strafantrag vom 30. Oktober 1911. Das Vergehen gegen die Polizeibeamten Kufelko und Kofenik wegen Verletzung habe ich eingestuft. Wenn es richtig ist, daß die beiden Beamten Nachforschungen bei den Klienten der „Gazeta Robotnicza“, die Sie erworben haben, angestellt haben, so haben Sie lediglich nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen gehandelt. Eine Verletzung kann ich in diesem Vorgehen nicht erblicken. Eine andere Straftat kommt nicht in Frage.“

Also die Polizei hat einen regelrechten Freibrief. Was sie auch nur tut, alles geschieht „pflichtgemäß“, und das genügt dem Staatsanwalt. Sonderbar ist, daß der Staatsanwalt von einer Verletzung spricht, an die kein Mensch gedacht und auch niemand angezeigt hat. Der Staatsanwalt hat hier die Geschäftsklienten mit Verletzung verwechselt. Für diese Auffassung hat Genosse Kofenik allerdings kein Verständnis und hat gegen diesen Bescheid Beschwerde erhoben. Die höhere Instanz wird die Sache wohl mit anderen Augen ansehen. Im übrigen wird ja über das „pflichtgemäße Handeln“ der Polizei an anderer Stelle noch ein ernstes Wort geredet werden müssen. Neugierig sind wir auf die Antwort des Staatsanwalts an einen der betroffenen Geschäftsklienten, der von dem Beamten in Gegenwart des Personals und der Kundenschaft angebl. „amtlich“ ausgefragt wurde, und der gegen den Beamten gleichfalls wegen „Pflichtverletzung“ Strafantrag stellte.

Es ist tatsächlich in Oberschlesien nicht mehr schön, das sagen nicht nur wir, sondern auch alle frommen und polizeifrommen Menschen.

Beuthen O.S., 23. November. Freisprochen. Schneller als vorerst angenommen, nämlich nach vier Verhandlungstagen hat der Gattenmordprozess Baczycka beendet. Trotzdem in den letzten Tagen die Zeugenvernehmungen sich sehr zu Gunsten der Angeklagten änderte, hielt die Staatsanwaltschaft die Lage aufrecht und trat für überlegten Mord ein. Die Geschworenen verneinten aber sämtliche Schutzfragen. Frau Monika Baczycka wurde von der Anklage des Mordes freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen. Die Mitangeklagte Agnes Sobczyk wurde von der Anklage der Beihilfe zum Mord gleichfalls freigesprochen; sie wurde aber ins Gefängnis zurückgeführt, um eine längere Strafe wegen eines anderen Vergehens abzudienen.

Das ist in wenigen Wochen der zweite Freispruch von der Anklage des Mordes. Eine dritte Anklage gegen die Staatsanwaltschaft während der Verhandlung zurück.

Beuthen O.S., 23. November. Quittung. Beim Unterzeichneten gingen bis zum 15. November für den Ober-schlesischen Preisfonds folgende Beiträge ein: Bauarbeiter-Vereinigungen Kattowitz 30 Mk., Sozialdemokratischer Verein Kattowitz 30 Mk., Sozialdemokratischer Verein Zabrze 20 Mk., Sparverein Laurahütte 8,20 Mk., Waisenhof 13,40 Mk., Gleichw. 11,20 Mk., Bismarckhütte 5 Mk., Kattowitz 39,20 Mk., Königshütte 29,50 Mk., Zabrze 11,20 Mk., Beuthen O.S. 17,90 Mk., Summa 215,80 Mark, bereits quittiert 237,90 Mark, zusammen 453,70 Mark.

Kattowitz, 23. November. Was ist wahr? Hier erhält sich, wie die „Schlesischen Nachrichten“ zu berichten wissen, das Gerücht, daß ein höherer Beamter der Eisenbahndirektion Kattowitz Unterschlagungen in Höhe von 80.000 Mark gemacht hat und flüchtig ist. Die Eisenbahndirektion soll angeblich jede Auskunft verweigern.

Opole, 23. November. Eine Geldpost beraubt. Am 18. November, vormittags zwischen 10 und 11 Uhr wurde die Postpost von Kattowitz nach Kruppmühle beraubt. Zwei Männer schlugen den Postboten nieder und raubten ihm einen Geldbrief über 200 Mk. und 150 Mk. bares Geld. Da in der Kruppmühle am selben Tage Auszahlung war, hatten die Unholden jedenfalls auf einen größeren Betrag gerechnet. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Kattowitz, 23. November. Nicht zu fassen. Der Raubmörder Kondziolka aus Zawadzka bei Kattowitz, auf dessen Erbrecht eine Belohnung von tausend Mark vom Regierungspräsidenten in Oppeln ausgesetzt worden ist, war am Sonnabend in Kattowitz bei Kfz. Der Gastwirt Schleginger in Kattowitz hatte nicht gewagt, den Kondziolka, den er erkannt hatte und bei dem er einen Revolver gesehen, festzunehmen. Als die zwei Kriminalpolizisten aus Kattowitz, die von Schleginger benachrichtigt worden waren, auf einem Automobil eintrafen, war Kondziolka schon fort in der Richtung auf Kfz. Die Beamten fuhren im Auto nach. In Kfz wurde festgestellt, daß er dort in mehreren Wirtschaften gewesen und dann auf Opatowitz zu weitergegangen war. Als die Beamten dorthin nachfuhren, erfuhren sie, daß der Gesuchte bei Dziedlitz die österr. Grenze überschritten habe. Da die Beamten sich über ihren Zweck ausweisen konnten, wurden sie ohne längeren Aufenthalt mit dem Auto über die Grenze gelassen. Der Gesuchte war in einer Wirtschaft am Bahnhof in Dziedlitz gewesen und eine Stunde vor Ankunft der Beamten mit dem Zug nach Bielitz-Dziala gefahren. Die österreichischen Gendarmen übernahmen sofort die Weiterverfolgung des Raubmörders. Die beiden preussischen Beamten kehrten auf dem Automobil nach Kattowitz zurück.

Zabrze, 23. November. „Gute Freunde.“ Der Grubenarbeiter Palluch und der Bergmann Blaszczyk in Zabrze-Bozemia hatten abwechselnd in ihren Wohnungen der Schnapsflüche fleißig zugesprochen. Abends kam es zwischen ihnen zum Streit, der in Tätlichkeiten ausartete, wobei der eine die Axtentlampe, der andere einen anderen schweren Gegenstand als Waffe benutzte. Bl. erlitt bedeutende Verletzungen am Kopfe und im Gesichte, während Palluch schwere Kopfverletzungen davontrug, so daß er nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte.

Kattowitz, 23. November. Opfer des Berufs. Dem Schaffner Zebel wurde beim Aufspringen auf einen fahrenden Zug der Kopf abgehauen.

Zabrze, 23. November. Trauriger Unglücksfall. In Zabrze traf eine Bergmannsrau am Ofen ihren Ruffen, wobei die Kleider Feuer fingen. Die Unvorsichtige blieb im Augenblicke einer lebenden Fackel. Trotzdem die Flammen schnell erstickt wurden, erlitt die Frau schreckliche Brandverletzungen, so daß an ihrem Aufkommen keine Aussicht mehr ist.

Laurahütte, 23. November. Die Konitzer Gymnastikmord-Affäre. Zu der bereits gemeldeten Verhaftung des Agenten Grenlich in Laurahütte wird noch bekannt, daß der Verhaftete sich dadurch verdächtig gemacht hat, an dem vor zehn Jahren erfolgten Mord des Gymnastikanten Winter beteiligt gewesen zu sein, daß er seiner Ehefrau gegenüber die Einzelheiten des Verbrechens bis ins Detail schilderte. Bei seiner Verhaftung erklärte G., daß er seiner Frau zwar die Mitteilungen gemacht, daß er damit aber nur habe rekonstruieren wollen. Zur Zeit des Verbrechens sei er gar nicht in Konitz, sondern in Bleschen gewesen. Die Berliner Kriminalpolizei, die damals die Ermittlungen leitete, steht des ganzen Angelegenheit sehr skeptisch gegenüber.

-Kinder- Nahrung.
Kuteke
Das Kinder gesunde
verfügt dabei
u. leidet nicht an
Verdauungsstörungen.
Kuteke
Kaufmann
Kost.
Verdauungsstörungen.
Kuteke
Kaufmann
Kost.
Verdauungsstörungen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. November.

Geschichtskalender.

24. November.

1632 Der Philosoph Baruch Spinoza in Amsterdam.
1860 Der Maler Max Koch in Berlin.

Ein Programm, auch.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Kommunale Praxis“ über das soeben erschienene Buch: „Das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie Preußens“ eine Besprechung, der wir uns durchaus anschließen können. Wir trauen dieselbe aus diesem Grunde hier ab:

Seinen zahlreichen Schriften zur Kommunalpolitik hat Paul Hirsch jetzt im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ zu Berlin eine neue folgen lassen, die gerade noch rechtzeitig zu den diesjährigen Gemeindevahlen kommt. Es ist ein Führer zu dem Gemeinde-Programm der preussischen Sozialdemokratie, ein Leitfadens, wie ihn sich schon so mancher Gemeindevorteiler, so mancher Delegationsreferent und Kandidat gewünscht hat.

Zu einem erfolgreichen Wirken in der Gemeindebestrebung genügt heute nicht mehr allein der sogenannte „gesunde Menschenverstand“ (dessen Bedeutung wir übrigens ganz gewiß nicht gering schätzen wollen); die zahlreichen verschiedensten Fragen, die täglich in der Gemeinde auftauchen, setzen zu ihrer Lösung vielmehr eine gewisse Spezialbildung voraus, die zu erwerben unter den heutigen Umständen nicht ganz leicht ist. An die Quellen kann der Laie nicht ohne weiteres vordringen, fassen doch zum Beispiel allein die Gesetze, mit denen sich mehr oder weniger oft die Verwaltung preussischer Gemeinden zu beschäftigen hat, eine ganze Bibliothek; zu der juristischen Seite der Gemeindevverwaltung ist aber neuerdings in immer weiterem Umfange die technische hinzugekommen, die sich wiederum in zahlreiche Untergruppen verzweigt. Es ist aber auch gar nicht nötig, daß der Gemeindevorteiler oder Stadtverordnete in diesen ganzen Wust wissenschaftlichen Stoffes bis zur letzten Feinheit eindringt; für seine mehr der Anregung und Kontrolle dienende Tätigkeit genügt der Ueberblick über die großen Linien der Gemeindevverwaltung, eine Kenntnis, die ihm gestattet, die Arbeit und das Urteil der Sachmänner richtig zu würdigen und auf sich wirken zu lassen.

Immerhin macht der sichere Blick und das gute Urteil in Einzelheiten noch nicht den guten Gemeindevorteiler. Seine Tätigkeit muß vielmehr der Ausfluß einer gefestigten Weltanschauung und politischen Ueberzeugung sein. Er muß ein Programm haben. Nur so ist er imstande, die zahllosen Verwaltungssakte als Teile eines Ganzen zu erkennen, die Gemeindevverwaltung in den Dienst wirklich großer Aufgaben zu spannen.

Unlängst haben wir unseren Lesern eine Uebersicht über die sozialdemokratischen Gemeindeprogramme Deutschlands geboten und ihnen das Material zu sehr fruchtbaren und anregenden Beratschungen gegeben. Das Buch von Paul Hirsch öffnet nun zum weiteren Studium den Weg. Seine Anmerkungen zu den einzelnen Abschnitten des preussischen Programms sind gerade erschöpfend genug, die Bedeutung der Einzelheiten hervorzuheben zu lassen und vermeiden doch jede Weitschweifigkeit, die aus dem Buche einen dicken Wälzer gemacht haben würden. Wir empfehlen es unseren Lesern dringend zur Anschaffung und zum Studium, indem wir dazu bemerken, daß es auch außerhalb der Grenzen Preußens mit Vorteil zu verwerten

ist, da der Verfasser verstanden hat, den erläuternden Stoff überall da zu nehmen, wo er am besten zu finden war. Das Buch ist durch die „Volkswacht“-Buchhandlung zum Preise von 3 Mark gut gebunden zu beziehen.

Der Schuttmann im Gerichtssaale.

Im September dieses Jahres hat das Breslauer Schöffengericht ein freisprechendes Urteil gefällt, worin zum Ausdruck kam, daß auch ein Schuttmann kein unschbares Wesen, sondern nur ein Mensch ist, der irren, und sich täuschen kann so gut wie andere Sterbliche. Wenn man bedenkt, welche wichtige Rolle der Schuttmann im Gerichtssaal spielt, so ist dieses Urteilstatistik aus dem Munde eines Richters immerhin wertvoll. Recht bezeichnend ist jedoch, daß die Anwaltschaft gegen den freisprechenden Verurteilung einlegte, und die hiesige 3. Strafkammer am Dienstag, das vom Schöffengericht für unzureichend erklärte Schuttmannsurteil als vollgültig und zu einer Verurteilung ausreichend, anerkannt hat.

Es handelt sich um den Breslauer Sittenschuttmann August Mörbe, über den wir bereits berichtet haben. Er hatte im Juli 1911 ein Zittunmädchen von der Krullstraße angeheiratet, weil es nach seiner Behauptung eines Abends an der Haustür gestanden haben soll, was nach den sittenpolizeilichen Vorschriften mit Strafe bedroht ist. Wegen den Strafbescheid über 5 Tage Haft, erhob die Angeklagte Einspruch. Sie gab vor dem Schöffengericht an, von Herrn Mörbe wahrscheinlich verwehrt worden zu sein. Der Schuttmann dagegen bezeichnete eine Periodeverweigerung als ganz unmöglich. Er beschwor, das Mädchen ganz genau an der Haustür erkannt zu haben. Das Gericht verurteilte damals die Sache, um nach dem Antrage des Verteidigers, Rechtsanwalts Jahnz, weitere Zeugen zu hören, zu denen Mörbe an jenem Abend gejagt hatte: „Wissen Sie nicht, der die Person gewesen ist, die hier an der Haustür in der roten Schürze gestanden hat?“ In der ersten Verhandlung wurde darauf mit voller Sicherheit festgestellt, daß Mörbe tatsächlich diese Frage an mehrere Personen gerichtet hat. Der Verteidiger zog den berechneten Schluß, daß demnach der Schuttmann von Anfang an selbst im Zweifel über die Person an der Haustür gewesen sein mußte. Denn wenn er die Angeklagte damals wirklich ganz genau erkannt hätte, so brauchte er sich doch nicht bei vier verschiedenen Personen darnach erkundigen. Trotzdem blieb Mörbe unter dem Eide bei seiner Behauptung. Obwohl sich der Anwalt Jahnz große Mühe gab, die Schuttmannsaussage als unbedenklich hinzustellen, verurteilte der Vorsitzende nach längerer Beratung folgendes Urteil: „Das Gericht hat nicht die Ueberzeugung gewonnen können, daß die Angeklagte an jenem Abend an der Haustür gestanden hat. Das Gericht unterstellt die Möglichkeit, daß sich der Schuttmann in der Person der Angeklagten geirrt hat und ihm sicher eine Verweigerung unterlaufen ist. Aus diesen Gründen hält das Gericht die Freisprechung der Angeklagten für geboten; die Kosten sollen der Staatskasse zur Last.“

Zum Termin vor dem Verurteilungsgericht hat die Anwaltschaft einen Kollegen des Mörbe, den Sittenschuttmann Schade, laden lassen. Dieser erklärte eidlich, daß ein anderes Zittunmädchen, die von der Angeklagten als Zeugin benannt worden war, auf der Straße an ihn heranzugewandert wäre, und im Hause des Mörbe geirrt hätte: „No, wenn ich vor Gericht erwidere, dann kann ich nur sagen, daß die Angeklagte an der Tür gestanden hat.“ Darauf sagte Schade zu seinem Kollegen: „Mörbe, riefere dir diese Aussage, das ist sehr wichtig für deine Sache.“ Vom Verwenden über diesen Punkt befragt, stellte das Mädchen unter dem Eide die von Schade angegebene Aussage in Abrede. Ja, sogar zwei weitere Zeuginnen, die das Gespräch mit anhörten, wollten bestätigen, daß diese Aussage nicht gefallen ist. Das Gericht verzichtete aber auf die Vernehmung dieser beiden Zeuginnen, weil das, was sie aussagen sollten, als wahr unterstellt wurde. Sonst ergab die Einzelvernehmung das selbe unbedenkliche Bild, wie vor dem Schöffengericht. Das Mörbe sich nach der fraglichen Person an der Haustür bei mehreren Personen erkundigt habe, gab er zu und es wurde auch von mehreren Zeugen eidlich bestätigt, darunter einer Hausmutter. Essen ungeschert will Mörbe die Anwaltschaft untrüglich und sicher erkannt haben. Verurteilt wird die Worte, die der Vorsitzende Landgerichtsdirigitor Nowald während der Beweisnahme an den Zeugen Mörbe richtete:

„Das Bestehen von Zeugen überlassen Sie in Zukunft gefälligst der zuständigen Behörde! Was haben Sie denn die Zeugen zu befragen! Sie sind doch keine Ermittlungsbehörde, sondern so Menge wie jeder andere. Wissen Sie denn nicht, daß sich ein Zeuge dadurch beeinflusst fühlen kann?“ Darauf mußte Mörbe nichts zu erwidern. Rechtsanwalt Jahnz begründete in längerer Ausführungen seinen Antrag dahin, die Bezeugung der Anwaltschaft zu verwerten und die Angeklagte freizusprechen. Das Gericht kam zur Verurteilung und hob das schöffengerichtliche Urteil auf. Fünf Tage Haft wurden festgesetzt. Das Verurteilungsgericht bezeichnete Herrn Mörbe, daß sein Zeugnis völlig einwandfrei sei und aufgrund dieses Urteilstatistik „nicht der geringste Zweifel“ über die Schuld der Angeklagten bestehen könne.

Wie wir erfahren, ist der Fall mit diesem Urteilstatistik noch nicht erledigt. Der Verteidiger hat bereits die Revision beim Oberlandesgericht angemeldet und es besteht die Aussicht, daß die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zurückverwiesen wird.

Hier kann Schutz abgeladen werden.

Dies Schild scheint der schwarze Block für unser Provinz Schlesien aufstellen zu wollen. Als ob wir an unseren einactorenen Henschel und Nichtsofen nicht genug hätten, handvorstellen sie uns auch den in Sachsen an die Luft gelehren Bündlerführer Vertel nach Brieq-Namsklo und jetzt kommt die Kunde, daß in Waldenburg Herr Grzyberger vom Zentrum als Kandidat aufgestellt worden ist. Demnach soll wohl unsere Provinz ein Museum für Volksverleumdung und Volksbetrüger erhalten, die in der ganzen Kulturwelt als abgetan gelten.

Das Entwerfen der Invalidenmarken.

Der Bundesrat hat nach der Reichsversicherungsordnung auch neue Bestimmungen über das Entwerfen der Beitrags- und Zusatzmarken erlassen.

Darnach müssen die Marken vom Arbeitgeber oder vom freiwillig lebenden Arbeiter in der Weise entworfen werden, daß auf den einzelnen Marken handschriftlich oder durch Stempel ein Kalenderjahr (Entwurfstag) in Zahlen deutlich bezeichnet wird z. B. „6. 1. 12.“ für den 6. Januar 1912. Als Tag der Entwerfung soll bei Beitragsmarken der letzte Tag des Zeitraumes angegeben werden, für den die Marke gilt. Bei Zusatzmarken der Z. A. an dem die Marke in die Beitragskarte einsteckt wird zum Entwerfen der Marke oder ein ähnlich festhaltender Karblos zu verweilen. Andere Entwerfungsarten sind unzulässig. Marken, die nicht bereits anderweitig entworfen worden sind hat die Versicherungsanstalt zu entwerfen. Die Form des Entwurfs bleibt der Versicherungsanstalt überlassen.

Wenn Entwerfen dieser Marken nicht unfehllich gemacht werden; insbesondere müssen der Geldwert, die Lohnklasse und der Name der Versicherungsanstalt ersichtlich bleiben.

Bei den vorstehenden oder den von der obersten Verwaltungsbehörde erlassenen Anordnungen unabweichend, kann in jedem Fall, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine härtere Strafe eintritt, vom Versicherungsamt mit einer Ordnungsstrafe bis zu 20 Mark bestraft werden.

Die neueren Vorschriften über das Entwerfen der Invalidenmarken gelten vom 1. Januar 1912.

* Die schlesischen Fleischermeister und die Teuerung. Im Innungshaus der Friedrich-Wilhelmstraße waren am Freitag nachmittags die Vertreter von hundert schlesischen Fleischer-Innungen zu einem Bezirksrat versammelt, um zu verhandeln, daß sie an der Teuerung un schuldig seien. Man wandte sich besonders gegen den Landwirtschaftsminister, der davon gesprochen hatte, daß die Fleischermeister zu hohe Gewinne einsteckten und den Gemeindevverwaltungen den Rot gab, selbst Fleischermarken einzumischen. Nach einem Vortrage des Obermeisters im Stadtoverordneten Tanchert aus Liegnitz wurde eine Protest-Resolution angenommen, worin es unter anderem heißt

Kleist-Feier im Lobe-Theater.

Robert Guisard, Fragment.

Prinz Friedrich von Somburg, Schauspiel in 5 Akten von Heinrich v. Kleist.

Vor hundert Jahren der Dichter am Ende der schaffensreichen Lebenszeit, die Brust durchschossen von eigener Hand, weil ihm, wie er schrieb, „in Wahrheit auf Erden nicht mehr zu helfen war.“ — und heut wehmütige Gedankenspiele, himmelstolze Gedankenspiele — gähnend leere Theater! Ist's nicht eine schöne Sache um den deutschen Dichter-Nachruhm? Der lebendige Dichter erntet Lohn und Spott für seine kühnen Werke, steht sie nicht einmal gedruckt, geschweige denn je auf der Bühne; der tote Dichter wird von unserem modernen Bürgerum gepriesen und erhoben, um ihm aber gleichzeitig anzudeuten: wärest du heut noch unter uns, so würdest du von unserer Zeit genau so behandelt werden, wie die demitige an dir Sünder. Tolle v. Lillencron beschwor einmal den Geist Heinrich von Kleists in einem prächtigen Gedicht: Der Dichter möge doch jezt einmal herabkommen, als Gast in unsere Mitte treten, doch Kleist wendet sich ab, und Lillencron errät seine Gründe:

„Ach, nur erkenne ich deine Schmetzgebärde: Du möchtest nicht zum zweiten Mal verhungern In deinem Vaterlande.“

Dieses Vaterland ist so manchem echten Dichter, neben Kleist, Heibel, Grillparzer, Grabbe und anderen, ein Kobenwaterland gewesen. Bühne und Bühnenmarkt sind heute der Spielball kapitalistischer Erwägungen, und wenn der Dichter ihnen andauernd nicht parat, so ist sein größter Aufwand unnütz verlan. Alle schöngelüste Führung über Kleists Lebensdaten und die Verständnislosigkeit seiner Zeitgenossen soll uns darüber nicht täuschen.

Die beiden Werke der Dichter, die am Dienstag vor leerem Hause gespielt wurden, greifen mitten hinein in die Lebens-tragik des Dichters, jedes in einem anderen Sinne. Der gewaltige Stoff vom Nonnen-Herzog Robert Guisard, dessen sieghaftes Heer vor den Toren von Byzanz von der Pest ergriffen wird und den endlich selbst die Seuche erfasst, um ihm kurz vor dem ersehnten Ziele die Siegespalme zu entreißen, hat Kleists dichterische Kraft, seinen Glauben an seine Mission zu erst befestigt; bei der Arbeit schreibt er im Jahre 1800 an seine Frau: „Shakespeare war ein Pferdejunge, und jetzt ist er die Bewunderung der Nachwelt... Wilhelmine, warste zehn Jahre, und du wirst mich nicht ohne Stolz umarmen.“ Aber ob-

wohl er auf seinen Wanderfahrten immer und immer wieder ansetzt — er vermag den großen Wurf nicht zu vollenden, mit dem er Goethe den „Kranz von der Stirne reißen“ wollte, und in vollständiger Niedergelassenheit schreibt er seiner Schwester Ulrike, er habe sich vergeblich einhalbtausend Tage und Nächte um den „Robert Guisard“ bemüht; die Hilfe habe ihm seine halben Talente gegeben, der Himmel aber schenke dem Menschen ein ganzes oder gar keins. In einem Anfall von wilder Verzweiflung vernichtete Kleist schließlich das Werk; die Eingangsszenen hat er später mühselig wieder hergestellt. Dieses erhaltene Fragment erscheint uns heut wie der Vorbote einer der größten dramatischen Dichtungen aller Zeiten. Die Stelle des Schicksals in der griechischen Tragödie vertritt hier eine in der wirklichen Welt waltende Macht, die Pest, die die Menschen dahinführt, und in den kurzen Szenen ersehen die Hauptgestalten in greifbarer Plastik vor uns.

In den dunkelsten Kämpfen der Dichterseelen ist die Vollendung des „Robert Guisard“ gescheitert. Aber für jene tragischen Verstrickungen, von denen es dann abwärts bis zum traurigen Ende geht, ist Kleists letztes dramatisches Werk, „Prinz Friedrich von Somburg“, bedeutungsvoller. In den Tagen, da die napoleonische Fremdherrschaft die preussischen Gefilde bedrückte, schrieb er die „Bernmanns Schlacht“ und den „Prinzen von Somburg“; dort wollte er aufsteigen und aufweisen zum Haß gegen die Fremden, und hier wagt er sich an eine Verherrlichung des Hohenzollernums und bekam es fertig, diese mehr als hürde Materie künstlerisch zu meistern. Kleist erscheint uns jaht in dieser Zeit auf der Höhe des dichterischen Schaffens. Aber seine Hoffnungen mußte er zu Grabe tragen. Der Hohenzollernhof empfand vor der biederlichen Verkörperung seines Geschlechts beträchtliche Abneigung, die freilich mehr dem Unverständnis, als der Bescheidenheit entsprang, und dem „Prinzen von Somburg“ verschloß sich die Nationalbühne; erst 1821 wurde er zum ersten Male gedruckt.

Der Prinz von Somburg Kleist ist eine völlig unhistorische Gestalt. Der Sieger der Schlacht von Rehrbellin, der in das Schwedensland mit seiner Reitertruppe legte, war kein nachkommender Trummer, sondern eine sehr entschlossene Persönlichkeit; in Wahrheit hatte auch der große Kurfürst Friedrich Wilhelm nicht die Gelegenheit, so viel Edelmut zu zeigen, den Kleist ihm zuschreibt. Der Dichter läßt den Prinzen, der wegen seiner Subordination, die den Sieg entschied, den Tod erzwungen haben soll, nicht als den süßlichen Heiden den Tod verachten. Er bangt um sein Leben, und alles andere, Geliebte und Ehre erscheint ihm nichtig. Die „Mutterung“ erblüht aber dem Prinzen, als er seine Männlichkeit wiederfindet und sich

der preussischen Disziplin unterwirft; jezt erst soll er für die herrliche Begegnung reif sein. Es ist ein merkwürdiger, in allem kranker Held, der Kleistige Prinz von Somburg; er ungehorham aus trauerlicher Zerstreutheit und nur zufällig der Sieg entscheidend, dann päpstlicher als der Papst, sich eigener e keine militärische Subordination klammernd, als es den Tapfersten unter seinen Willensgenossen nötig erscheint. Es steht etwa von Kleist selbst in dieser Uebeln. Aber bei allem ist diese Welt von Kraft und Mut erfüllt. Nichts von dem toten Wortschwall der Hohenzollern-dramatiker der neuen Ära, der Wilderbruch und Lauff, ist dieser knappen und kräftigen Sprache un fernst. Wenn der „Prinz von Somburg“ auch eine Heldentat idealisiert, die abwärts liegt von unserer Idee, so ist in künstlerischer Beziehung dem Urteil seines Zeitgenossen, der Genius der Poesie selbst habe dieses Werk geschrieben.

Zur Darstellung nur wenig. Der „Robert Guisard“ tritt jezt unter der Vertrocknenheit der jenseitigen Anordnungen; das Herzogszelt war ein sonderbares Monstrum, um die Vorzimmer irren im Vordergrund recht disziplinlos u her. Ihre Vorkämpfer hätten viel plastischer hervortreten müssen. Die Herren Eloba und Flö — die freie und klar Stimmbehandlung des Herrn Flö sollte Herrn Eloba in manche Momenten zu gleichem antworten — spielen ihre rivalisierende Prinzen hinreichend charakteristisch, und der so oft verlagene Herr Bauer überraschte als Guisard in glänzenden Momenten, da er von seinen Mitteln einmal den rechten und maßvollen Gebrauch machte. Der „Prinz von Somburg“ jezt hat von er Reueinszenierung des Wallenstein. So wirksam das Zusammen spiel war: einige Hauptrollen lagen nicht in den rechten Händen. Herr Fohowis Kurfürst jezt die eindringliche Charakteristik und Sicherheit, was teilweise an seiner keineswegs gottgewollten Abhängigkeit vom Souffleur lag; trotz ihres altmärkischen Namens paßte sich Fräulein Rödert dem brandenburgischen Kriegsmilieu schlecht an, denn ihre Felle alle aufstele und klagte wie eine Märchenprinzessin, aber nicht wie ein Chef eines Dragonerregiments. Herr Eloba hingegen kleb als Prinz nur wenig zu rollen übrig, und der Kattwitz des Herrn Barona jezt in unwürdiger Frische daher.

Das Publikum suchte durch starken Beifall seine bescheidenen Spätlichkeit vergessen zu machen. Armer Kleist! Dein lobesdänger Prinz von Somburg ruft im Gedanken an eine andere Welt: „Nur schade, daß das Auge modern, das diese Herrlichkeit erblicken soll.“ Kleists Auge modern langst, aber wir hätten ihm nimmermehr gewünscht, die Herrlichkeiten dieser Kleist-Feier zu erblicken.

Geschlechtskrankheiten und Lustbarkeitssteuer!

Wie reimt sich das zusammen? wird jedermann fragen. Nun, das Breslauer Magistrats-Bureau für Lustbarkeitssteuer weiß es, denn es hat die Eintrittsgelder für die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mit der Willkürsteuer belegt. In einer Anzeige der Ausstellungskommision heißt es:

„Das Eintrittsgeld mußte, da das Geschäft um Befreiung von der Willkürsteuer abschlägig beschieden wurde, um 5 Pf. erhöht werden.“

Eintrittspreis 25 Pf., Freitag 55 Pf., Montag 100 Pf., nachm. 25 Pf.“

Man traut seinen Augen kaum! Die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten soll einer Lustbarkeit gleichgemacht sein. In einer Vorlage des Magistrats konnte man dieser Tage lesen, daß diese Ausstellung gemeinnützig ist und mit 300 Mark unterstützt werden soll, womit die Stadtverordnetenversammlung am 16. November auch ohne weiteres einverstanden war. Und jetzt kommt das Bureau XII und verlangt Lustbarkeitssteuer. Das ist doch geradezu ungeheuerlich! Kennt man denn nicht den Paragraphen 4 der Steuerordnung, der alle Veranstaltungen von Lustbarkeitssteuer befreit, bei denen ein höheres wissenschaftliches Interesse obwaltet? Weß man nichts von dem folgenden Paragraphen, der es ermöglicht, die Steuer dann zu erlassen, wenn der Netzertrag vollständig und gemeinnützig verwendet wird?

Wir halten es für ganz unmöglich, die Willkürsteuer gegen die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aufrecht zu erhalten und hoffen, daß der Magistrat die ganz selbstverständliche Steuerfreiheit wieder herstellt.

Ausstellung

zur Bekämpfung der Schundliteratur.

Wie Genosse Wiener bereits in der Parteiverammlung am Montag mitteilte, hat sich die Leitung der Ausstellung sehr entgegenkommend gezeigt und bereit erklärt, besonders für die Arbeiterklasse Führungen durch die Ausstellung und Vorträge zu veranstalten. In der Versammlung befanden sich bereits viele Parteigenossen eine lebhafteste Teilnahme für die gute Sache.

Wir teilen nun mit, daß Freitag, den 24. November, abends 8 Uhr, ein Vortrag mit anschließender Führung gehalten wird. Nochmals empfehlen wir allen Arbeitern — auch den Frauen und den Jugendlichen — recht eifrig den Besuch der sehr lehrreichen Ausstellung.

Das Gewerkschaftskartell

Breslau hatte am 17. November eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Zunächst erstattete der Kassierer Gen. Wrosta den Kassenbericht über das dritte Quartal. Es wurde ihm einstimmig Entlassung erteilt. Genosse Peitzert bemängelte, daß die statistischen Fragebogen von einzelnen Gewerkschaften schlecht eingeleitet und wenig mehr Buntstiftet. Darauf erhebt Genosse Eißler das Wort zu seinem Vortrage: Die Kämpfe der Tabakarbeiter. Er wies zunächst nach, daß sich der Arbeitgeberverband in der Tabakindustrie trotz seines kurzen Bestehens so recht arbeitserneuernd entwickelt hat. Schon im Jahre 1910 wurden 1000 gewerkschaftliche Tabakarbeiter ausgesperrt. Ein Jahr später glaubte man es mit den 36 000 Mitglieder zählenden freien Tabakarbeiterverband aufzunehmen. Es ist statistisch nachgewiesen, daß das Einkommen der Tabakarbeiter zurückgegangen ist und im Laufe der Jahre nicht aufgehoben wurde. Redner schildert die schlimmen Folgen der Tabaksteuer. Es mußte versucht werden, die traurige Lebenslage der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zu heben. Aus diesem Grunde wurden Lohnforderungen in einigen Städten von Rheinland und Westfalen gestellt. Die Unternehmer lehnten aber jedes Entgegenkommen ab. Der Streik der Tabakarbeiter war unermesslich. Von den Unternehmern wurde das Aufkommen an die Streikenden gestellt, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, anderenfalls die übrigen Tabakarbeiter ausgesperrt würden. Der Kampf wurde von dem Tabakarbeiterverband auf der ganzen Linie aufgenommen. Schon seit Mitte Oktober liegen 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Straßenpflaster. Sie wenden sich auch an die organisierten Arbeiter Breslaus, Solidarität zu üben und ihren Kampffonds zu stärken. (Beifall.)

Genosse Machal schlug vor, die Gewerkschaften sollten zunächst aus den Vorkassen die notwendigen Mittel für sich machen. Ein Antrag des Genossen Philipp, den kämpfenden Tabakarbeitern 1000 Mark aus der Kartellkasse zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen.

Der Vortrag über Anberausbeutung und Kinderbeschäftigung, der dann folgen sollte, wurde auf eine der nächsten Sitzungen vertagt, da der Referent Genosse Neukirch nicht erscheinen konnte. Der Vorsitzende, Genosse Seibold, berichtete darauf über den Antrag der Handlungsgehilfen, die Transportarbeiter aus dem Kartell auszuschließen. Nach längerer Aussprache entschied das Kartell: sowohl in der Frage der Genitalisation der Ortskassen wie auch bei der Bekämpfung einer Ausschließung ist das Vorgehen der Transportarbeiter zu berücksichtigen. Der Antrag auf Ausschluß wird jedoch abgelehnt.

Auf eine Anfrage, wie sich der Kartellvorstand zur Genitalisation der Krankenkassen stellt, nachdem sie der Magistrat abgelehnt hat, wurde erwidert, daß es nichts anderes geben kann, als den Beschluß des Kartells zu fürdern, der für die Genitalisation der O. K. K. lautet. — Es fehlten unentschuldig: Glaser Benich, Kirchner Wille, Metallarbeiter Klein, Wehr Kirchner, Einsteiner Habel, Tabakarbeiter Grotzer, Lapeyker Kattner, Glasarbeiter Leitritz und Förster und Lagerhalter Krelschmer.

Der Sanftabund veranstaltet am 11. Dezember im „Deutschen Kaiser“ auf der Friedrich-Wilhelmstraße eine öffentliche Versammlung, wo der Hauptvorsitzende, Geheimrat Rieher, sprechen wird über das Seydebrand'sche Wort: „Es geht auf's ganze!“

Achtung, Gewerbegericht-Beisitzer! Freitag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, im Zimmer I des Gewerkschaftshauses: Versammlung. Tagesordnung: 1. Die statistische Erhebung und die Ueberlastung am hiesigen Gewerbegericht. 2. Ausschlußbericht. 3. Aus unserer Rechtsprechung. Der Obmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Achtung, Bezirks-Branchenleiter und Werkstätten-Delegierte. Sonntag, den 6. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 2: Versammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Einführung der Karenzwoche. 2. Anträge der Verwaltung. 3. Verchiedenes. Da besondere Einladungszettel nicht ausgegeben werden, bitten wir, in allen Werkstätten auf die Versammlung hinzuweisen. Die Ortsverwaltung.

Zum Volkunterhaltungs-Abend des Gefangenenvereins „Vorwärts“ wird uns geschrieben: Da am Totensonntag nur Veranstaltungen geschlossener Gesellschaften stattfinden, haben wir den Volksunterhaltungsabend nur Vereinstag und geladene Gäste Zutritt. Die Ausgabe von Programmen an Fremde ist inibiert worden. Dies zur Beachtung.

Bezirks- und Distriktsführer!

Die für heute abend anberaumte Sitzung aller Bezirks- und Distriktsführer fällt umstandsbehalber aus.

Polizei und Konsum Verein Vorwärts. Am 22. September löste die Polizei eine Mitglieder- Versammlung des Konsum- und Sparvereins Vorwärts auf, weil ihr der Zutritt verweigert wurde. Genosse Schlegel, der Leiter dieser Versammlung, bekam einen Strafbefehl über 10 Mark. Das Schöffengericht hat ihn heute freigesprochen und damit anerkannt, daß die Polizei kein Recht hatte, die Versammlung zu überwachern. Ausführlicher Bericht morgen.

Für den Baufonds des Gewerkschaftshauses haben die Stuckateure 2000 Mark bewilligt; im ganzen sind damit für den Um- und Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses mehr als 120.000 Mark eingegangen.

Der Orchesterverein veranstaltet am nächsten Freitag im Konzerthaus das 5. volkstümliche Sinfonie-Konzert, das vom verstärkten Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Werner ausgeführt wird. Der hier rühmlichst bekannte Koczyl'sche Männer-Ge- langverein wird unter Leitung des Herrn Koczyl a capella-Chöre und zwei Kreuzer'sche Chöre mit Orchesterbegleitung vortragen. Eingeleitet wird das Konzert durch die C-moll-Fantasia für Orgel von Bach (Herr Konjatsch). Außerdem werden aufgeführt: 13. Sinfonie von Haydn, Serenade D-moll von Volkmann und Andante aus dem Konzert für Violine und Orgel von R. Strauß (Herrn Kleinberg und Konjatsch.) Anfang 8 Uhr.

Konzert Elekta. Wegen der großen Nachfrage hat sich die Konzertdirektion Paratsch veranlaßt gesehen, noch einen größeren Raum für weitere Stehplätze freizumachen. Der bekannte Wiener Pianist, Herr Oscar Dachs wird sich außer der Begleitung der Besänge auch noch solistisch betätigen. Karten bei Paratsch und Michalek.

Arbeiter Athleten-Verein Breslau. Unsere Vereinslokale sind Leuthenstr. 12/14 und Kreuzstr. 44, wo jeder Dienstag und Freitag von 9 Uhr abends an geübt wird; Sonntags um 3 Uhr nachmittags Spiele im Eichenpark (Böpelwitz). Freunde und Gäste sind stets willkommen. Der Vorstand.

Eine Kraftdrohse und eine Taxameterdrohse sind am Vortage nachts gegen 11 Uhr am Nikolaistadlgraben sehr heftig zusammengestoßen. Das Automobil fuhr mit voller Gewalt auf die Drohse zu, beschädigte sie schwer, kam auf den Bürgersteig und riß eine Straßentierne an. Auch die Kraftdrohse ist arg mitgenommen worden; Menschen wurden zum Glück nicht verletzt. Dem Widerstande des Laternenpfahles ist es zu danken, daß das Auto mit seinen Fahrgästen nicht in den Stadlgraben hineinraute.

Rabendiebstahl. Aus einem Pelzwarengeschäft in der Schmiedebühne wurden vor einigen Tagen fünfzehn Stück echte Nerzpelze im Werte von 600 Mark gestohlen. Personen, die über den Diebstahl oder den Verbleib der Pelze Auskunft geben können, werden erucht, sich im Zimmer 37 des Polizeipräsidiums zu melden.

Entschuldigter Dieb. Vor einigen Tagen ist einem Dieb ein Lederkoffer in die Hände gefallen, der eine große Anzahl verschiedene einzelne Schuhe (Reisemüster) enthielt. Da der Dieb dafür keine Verwendung hatte, warf er den Koffer mit Inhalt weg, so daß er dem Fundbüro des Polizeipräsidiums als herrenloses Gut überliefert wurde. Der Eigentümer soll sich im Zimmer Nr. 58 des Polizeipräsidiums melden.

Wagendiebstahl. Am 19. November wurde ein kleiner Handlettwagen mit roten Rädern, gelben Leitern gestohlen. Er ist etwa 1 m lang, 50 cm hoch, neu beschlagen. — Am 20. d. M. wurde ein viereckiger Lieferwagen gestohlen, dessen Korb auf Federn und Holzröhren ruht. Der gestohlene Korb ist braun. Die neuen Räder mit Karbolinoleum beschlagen. — Am 21. d. M. wurde ein Kinderwagen von weißem Korbbesatz gestohlen.

Geunden wurden eine Summe bares Geld, ein Pelztragen, ein Regenkleid, ein Kasten mit Inhalt, ein Damengürtel und eine goldene Damenuhr.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Schweidnitz, 23. November. Ein schöner Erfolg. Die am Montag und Dienstag vollzogenen Wahlen der dritten Abteilung zum Stadtparlament haben unserer Partei einen geradezu verblüffenden Erfolg gebracht. Unsere Genossen jeigten ihre Stimmzahl von 246 im Jahre 1909 auf über 500 in diesem Jahre. Das Bürgerturn war mit der sogenannten nationalen Arbeiterkassette in drei Gruppen aufmarschiert, von denen zwei Kandidaten gewählt sein dürften. Durch den gewaltigen Stimmzuwachs sind unsere Genossen an die zweite Stelle gerückt und zwei von unseren Kandidaten stehen in aussichtsreicher Stichwahl. Ein großer Teil der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine stimmte bald für die Kandidaten der Sozialdemokratie, sie waren für das Kompromiß, daß die Ortsverbandsleitung mit einer bürgerlichen Gruppe abgeschlossen hatte, nicht zu haben und verjagten ihre Gefolgschaft. Das amtliche Resultat steht noch aus. Unsere Parteigenossen werden auch in der bevorstehenden Entscheidungsschlacht ihren Mann stellen. Die Wahl eines Sozialdemokraten ist sehr wahrscheinlich. — Bravo!

Arbeiterbewegung.

Der deutsche Arbeitsmarkt stellte sich nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ im Monat Oktober ungünstiger, als erwartet wurde. Bei den an den Arbeitsmarkt berichtenden Nachweisen stellte sich die Zahl der Arbeitsuchenden im Oktober 1910 auf 168.267, im Oktober des laufenden Jahres aber auf 190.962. Das ist ein Mehr von 22.695 Arbeitsuchenden oder von 13,5 Prozent.

Lohnbewegung in der Steinindustrie. Der Schotterwerkbesitzer Halbach in Ramen (Sachsen) will ab 1. November etwa 250 Arbeitern netto 10 Prozent vom Lohne kürzen. Die Arbeiter sind über eine solche Maßnahme aufs äußerste empört. Herr Halbach macht gerne in Sozialpolitik, wie er es aber mit seinem Gewissen vereinbaren kann, eine solche gewaltige Lohnkürzung vorzunehmen, ist den Arbeitern nicht so ohne weiteres einleuchtend. Die Schottersteinhändler haben Klammern zu meiden.

Die Tarifverhandlungen im Demitzer Granitgebiet (Lausitz) sind gescheitert. Die Unternehmer wollen eine Lohnverfälschung in der Höhe von 3 bis 5 Prozent vornehmen. Auch die Schmiedeschärfen, die von den Unternehmern teilweise getätigt wurde, wollen sie jetzt den Arbeitern völlig aufheben. Eine Massenversammlung der Arbeiter lehnte die Zustimmung der Unternehmer unter großer Entrüstung ab. Die Firma Kunath hat allein etwa 800 Arbeiter beschäftigt, sie möchte somit durch den Tarifabschluß noch ein famoles Geschäft machen. Vor drei Monaten, als der sächsische König nach Demitz kam, stiftete die Firma 20.000 Mk. für einen Hoffonds der Arbeiter. Die Firma macht auch sehr gerne in Sozialpolitik, wie diese aber beschaffen ist, das zeigen die von ihr geplanten Lohnverfälschungen.

Der Streik in der Schiffsfabrik von Wolzsee in Olschau dauert unverändert fort. Die Firma sucht unter großen Versprechungen Arbeiterwillige. Da sehr häufig Arbeiter zurufen unter der Angabe, nicht zu wissen, daß dort gestreikt wird, so wird erucht, erneut auf diese Bewegung hinzuweisen. Zugut ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegsheker entlarvt.

London, 22. November. Der frühere Inspektor der Pfusstruppen, Generalmajor Sir Alfred Turner, erklärte einem Vertreter der „Evening Standard“, die gefährliche Lage zwischen England und Deutschland sei durch die konservative oder die Zentrumsparkei in Deutschland verursacht zur Agitation für die kommenden Reichstagswahlen. Er wisse, daß die Regierungen von England und Deutschland fest entschlossen waren, keinen Krieg zuzulassen. Ein hervorragender deutscher Stollenoffizier habe ihm neulich erzählt, daß Kaiser Wilhelm im Gespräch mit ihm erklärt habe, ein Angriff auf England würde mit der denkbar größten Gefahr verknüpft sein. Der Erfolg würde sehr zweifelhaft scheinen und selbst wenn die deutschen Waffen erfolgreich wären, würde Deutschland nur einen fürchterlichen weißen Elefanten an der Hand haben.

Attentat auf Zianischik?

Peking, 22. Nov. Nach Berichten aus chinesischer Quelle wurde am 20. November auf Zianischik ein Moranschlag unternommen.

Große Schlacht in China.

Peking, 22. November. 7000 Rebellen haben die Kaiserlichen von Panlau im Süden überfallen. Der Generalgouverneur Pang und der Tatarengeneral Ziehliang halten Nanling gegenüber einer großen Rebellenmacht.

Die wichtigste Entscheidung wird in der nächsten Zeit in Nanling fallen, gegen das die Rebellen jetzt in einer Stärke von 15 000 Mann ziehen. Die kaiserlichen Truppen marschieren ihnen etwa in gleicher Stärke entgegen. Das Kommando führt Admiral Schang.

Streik in der Berliner Konfektion!

Berlin, 21. November. Eine am gestrigen Vortage abgehaltene öffentliche Versammlung der Fröhenmeister und der dazu gehörigen Arbeiter-Organisation der Damenkonfektion hat beschlossen, daß für heute früh der Streik in der Damenkonfektion eintritt. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Die Arbeitseinstellung bezieht sich sowohl auf die Fertigstellung der neuen Frühjahrsmuster, als auch auf die Lieferung der noch fertigzustellenden Winterjachen.

Die Wenteucht des Jaren.

Petersburg, 23. November. In hiesigen auf unterrichteten politischen Kreisen erwartet man für die allernächste Zukunft ein schärferes Vorgehen Rußlands gegenüber Persien und China. Nordpersien würde, so verläutet bestimmt, dauernd dem russischen Einfluß unterworfen werden, während im fernen Osten der Grenzschutz gegenüber einem Uebergreifen der Revolution auf der Mandchurei und die Mongolei verstärkt werden soll.

Ein Folterrecht verhaftet.

Madrid, 23. November. Gestern wurde in Valencia der Polizei-Dezernent Beltran verhaftet und zwar im Zusammenhang mit den Gefangenenerfahrungen von Cullera. Die Gerichtsbehörden von Valencia richteten an das Abgeordnetenhause den Antrag, die beiden Mitschuldigen Beltrams, die Abgeordneten Aguil und Barral gerichtlich verfolgen und ihre Verhaftung vornehmen zu dürfen.

London, 22. November. Sturmjäden. Auch in England sind durch den ungemein starken Sturm viele Schäden angerichtet worden. Besonders beträchtlich soll dieser im Medwaytale sein. Hunderte von Bäumen sturzbahnen und behauenen Niederlande sind dort überschweemt und verfauldet und auf Jahre hinaus der Landwirtschaft entzogen. Die Stadt Camoridge sieht vollkommen unter Wasser und hat das Aussehen einer venezianischen Ortschaft. Der Verkehr der Einwohner miteinander ist nur mittels Booten und Barken möglich. Das Wasser stürzte sich urplötzlich heran. Viele Personen veranken im Wasser bis an die Brust. Mehrere Ortschaften wurden infolge der Ueberflutung vollständig isoliert. Sie müssen mittels Booten verproviantiert werden. Zahlreiche Automobile sind auf den Landstraßen von der urplötzlich mit rasender Gewalt heraufbrausenden Wasserflut überfahren worden und nur mit schleunigst requirierten Pferden gelang es, die Kraftwagen aus dem Wasser zu ziehen. Die Stadt Edebridge ist vom Wasser gänzlich umringt. Die Stadtteile in Benhurst und Schillingstone stehen zum Teil unter Wasser.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 23. November: Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7. Freitag, den 24. November: Gewerbegerichtsbeisitzer. Versammlung im Zimmer I. Sonnabend, den 25. November: Kupferschmiede. Versammlung im Zimmer 2. Buchbinder. Versammlung im Zimmer 3. Sonntag, den 26. November: Steinarbeiter. Vormittags von 10 bis 12 Uhr; Kassentag im Zimmer 7. Montag, den 27. November: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 8a (Oberior).

Die „Volkswacht“-Agitation wird nächste Sonntag fortgesetzt. Wir bitten unsere Genossen, sich vollständig, morgens 8 Uhr, im Distriktslokal, Wellafelstraße 6, einzufinden. Die Distriktsleitung.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung, Vorstandsmitglieder des Landkreises.

Freitag, den 24. November, abends 7 Uhr: Vorstandssitzung im Sekretariat, Grauensstraße 5, II. Reiner feiler! Landdistrikt 3 (Bezirk Carlowitz, Schottwitz, Friedewalde, Cawallen). Sonntag, den 26. November, nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung bei Giesner in Friedewalde. Tagesordnung: 1. Die Verhältnisse im Distrikt 3. 2. Unsere Aufgaben vor der Wahl. Referent: Genosse Scholich. 3. Vereinskassenebenheiten. Genossen, legt eure Gleichgültigkeit ab, denn die Zeiten sind ernst. Der Distriktsführer. Landdistrikt 6. Alle Genossen, die sich am Wahltage an der Wahlarbeit beteiligen wollen, werden aufgefordert, sich Sonntag, den 26. November, vormittags 10 Uhr, bei Kulla, Kienowstraße 23, einzufinden. Es wird ihnen dort gesagt werden in welchem Orte sie am Wahltage tätig sein sollen. Das Mitgledbuch ist mitzubringen. Der Distriktsführer. Land-Distrikte 11 und 12. (Bezirk Bettler, Boh und Grünhölzel). Sonnabend, den 26. November, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Kuppalla in Bettler. Tagesordnung: 1. Unsere Vorbereitungen für die Wahl. Referent: Genosse Gortwig. 2. Vereinskassenebenheiten. Genossen, seid an zur Stelle und bringt eure Frauen mit.

Abzahlungsgeschäfte

Abzahl. u. Waren-Kaufmannschaftsbau...

Adolf Schröter, Ring Nr. 2...

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco

Thomas Brause

Bäckereien und Konditoreien

Brot, Kuchen, Gebäck...

Bandagen

Fritz W., Rein, Joh.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei Rappaport, Brauerei Saccou

Blumenhandlung und Kränze

Blumen, Kränze, Girlanden

Blusen u. Kostümröcke

Blusen, Kostümröcke

Café

Café, Nachtplag

Damen-Konfektion

Damen-Konfektion, Rösel, Felix

Drogen und Farben

Drogen, Farben

Eisen- u. Stahlwaren

Eisen, Stahlwaren

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder u. Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder u. Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder u. Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder u. Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder u. Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder u. Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder u. Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder u. Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder u. Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder u. Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder u. Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen

Erschrint 3 mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Fernen bei Einkauf empfohlen

Fleischereien u. Wurstfabriken

Wurstfabriken, Fleischereien

Herrn-Garderobe

Herrn-Garderobe, Herren-Artikel

Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren, Masken- u. Theat.-Verleih-Institut

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn, Kaufhaus „Adler“

Hüte und Mützen

Hüte, Mützen

Hygien. Präparate u. Gummwaren

Hygien. Präparate, Gummwaren

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine, Möbel

Seifengeschäfte

Seifengeschäfte, Seifen

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee

Kinderwagen

Kinderwagen

Musik-Instrumente

Musik-Instrumente

Schneiderei-Artikel

Schneiderei-Artikel

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Kinematographen

Kinematographen

Nähmaschinen

Nähmaschinen

Schirme, Stöcke

Schirme, Stöcke

Kolonialwaren

Kolonialwaren

Konfituren und Schokoladen

Konfituren, Schokoladen

Photographische Ateliers

Photographische Ateliers

Schuhwaren und Schuhmacher

Schuhwaren, Schuhmacher

Korsetts

Korsetts

Lampen

Lampen

Putz, Modes

Putz, Modes

Trauer-Kleidung

Trauer-Kleidung

Salaterie- und Spielwaren

Salaterie, Spielwaren

Leinwand, Wachstuche

Leinwand, Wachstuche

Restaurateure

Restaurateure

Uhren und Goldwaren

Uhren, Goldwaren

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Grabensteine

Grabensteine

Lederwaren und Sattlerei

Lederwaren, Sattlerei

Wäsche, Kleider

Wäsche, Kleider

Waren- u. Kaufhäuser

Waren, Kaufhäuser

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus Nord-West

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Riedel, Anton

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Wäsche, Trikots

Die Revolution in China.

Nach einigen Tagen der Schwankung, ob es Yuan-shikai möglich sein werde, die Revolutionäre durch Entgegenkommen zu beruhigen, treffen jetzt aus China wieder Meldungen ein, wonach die Revolution im weiteren Vorrücken begriffen ist. Das von den Russen durchgeführte Aufmarschamt hat den Konsuln mitgeteilt, daß vierzehn Provinzen auf der Konferenz in Wutschang vertreten sein werden. Die republikanischen Behörden fordern die Zahlung der Kriegsschuldigung zu, sowie die der Anleihen, die vor der Proklamierung der Republik abgeschlossen worden sind. Demnach hat sich auch nicht eine der Provinzen, die von der Dynastie abgefallen waren, von Yuan-shikai befehlen lassen. Nach wie vor halten es nur noch vier Provinzen mit den Mandtschu. Die Aufständischen der Provinz Schansi haben sich dafür erklärt, Yuan-shikai zum Präsidenten der Republik zu machen und verlangen, daß er die Mandtschu sofort verläßt.

Zunehmende Schwierigkeiten für Yuan-shikai.

Peking, 21. November. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Nationalversammlung und Yuan-shikai sind im Zunehmen begriffen. Yuan-shikai hat die Nationalversammlung nunmehr belächelt. Seine Kaiserkrone ist außer Zweifel — er scheint sich allein dem Thron gegenüber verantwortlich zu fühlen. Einigen der Yuan-shikai die Weiteführung der Feindseligkeiten gerichteten Entscheidung des Parlaments rückt die 1. Brigade der Mandtschu heute nach dem Süden ab. Die Nationalversammlung hat ihre Zustimmung zu einer replanten Konferenz, von Provinzialvertretern gegeben, die über die Frage Monarchie oder Republik entscheiden soll. Sie bietet zahlreiche Garantien für die Sicherheit des Hofes, erklärt aber, sie könne keine Pension bewilligen.

Peking, 22. November. Die Revolutionäre verdächtigen Yuan-shikai und verlangen die sofortige bedingungslose Abdankung der Dynastie. Auch die Monarchisten verdächtigen Yuan-shikai und bereiten im geheimen einen verzweifelten Widerstand vor. Die Lage der Regierung ist ernstlich bedroht, namentlich, weil sie nicht imstande ist die Gehälter der Beamten und Soldaten zu bezahlen, da die Staatskassen fast vollkommen leer sind.

Fortschreiten der Revolution.

London, 21. November. Wie das Reutersche Bureau erzählt, hat die Missiongesellschaft der Papisten eine Kabeldepesche aus Schanghai erhalten, in der mitgeteilt wird, die Verbindung mit Peking, wo Fremde niedergeworfen worden sind, sei unterbrochen. Taiyuen-fu, die Hauptstadt von Schansi, liegt in Trümmern, aber die Mission ist wohlbehaltet. Die Revolution in Schantung entwickelte sich vollständig friedlich.

Schanghai, 21. November. Die Kaiserlichen haben ihre wenigen vorgeschobenen Truppen kamplos nach Hanking zurückgezogen und die Stadttore geschlossen.

Kanton, 20. November. Achttausend Rekruten der aufständischen Armee werden hier zusammengezogen, um für die Belagerung von Hanking mitzuwirken zu werden.

Hankow, 20. November. Die hiesige russische Kolonie hat den russischen Ministerpräsidenten Kozlow telegraphisch gebeten, die russische Schutztruppe um hundert Mann zu verstärken, da die Lage nicht ohne Gefahr sei.

London, 21. November. Wie die Zeitungen melden, ist der Führer der Aufständischen in China Dr. Sun-jatsen, der sich 10 Tage lang heimlich in London aufgehalten hatte, gestern von hier nach China abgereist.

Schanghai, 21. November. Die Nationalversammlung der abgefallenen Provinzen beginnt heute in Schanghai. Die meisten Provinzen haben Vertreter geschickt.

Das Fremdenmassaker in Sianfu.

London, 21. November. Die schwedischen Missionare, die die Nachricht von der Niedermetzlung der Weißen in Sianfu nach Peking brachten, sind selbst auf ihrer Reise von Chinesen angegriffen und beraubt worden; auch wurde einer von ihnen verwundet. Aus ihren Mitteilungen geht hervor, daß die Missetaten nicht von den Mandtschu, sondern von den Chinesen ausgehen und sich gegen die Mandtschu richten. Denn sie erzählten, die Ermordung der vielen chinesischen Schulmädchen sei darum geschehen, weil diese Kinder, die von Missionaren veranlaßt waren, die Bandagen zur Verkrüppelung der Füße abzunehmen, für Mandtschukinder gehalten wurden.

Volk-Unterhaltungsabend.

Am Sonntag Nachmittag hatten sich viele hundert Personen im „Gewerkschaftshaus“ eingefunden, um einen Mann zu ehren, der seiner gesellschaftlichen Stellung nach nicht zu ihnen gehörte, in seinem Schaffen aber ihnen nahe verwandt war: Felix Mendelssohn-Bartholdy. Am 4. November waren es 65 Jahre, daß dieser Künstler dahingegangen, auf der Höhe seiner Schaffenskraft und seines Ruhmes, erst 38 Jahre alt. Darin glich Mendelssohn seinem Fachgenossen Franz Schubert, der am 19. November 1828, also gestern vor 83 Jahren, 31 Jahre alt, verstorben ist, mühen gestern mit größerem Rechte hätte gefeiert werden müssen. Andere, jüngere Komponisten von glänzendem Talent sind Mendelssohn gefolgt und haben ihn teilweise aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt. Seine Einfachen (mit 22 Jahren geschrieben!), seine Streichquartette und endlich seine Oratorien „Paulus“ und „Elias“ wirken trotzdem noch mit unverfälschter Frische und Macht und sie werden — nach dem Ausspruch von Hans v. Bülow — noch auf sehr, sehr lange hinaus alle Freunde edler, echter Kunst erquickend und erheben. Auch andere Elemente haben sich gegen Mendelssohn gefeiert: die in Satz und Ueberbedeutung der einzigen Wagnerianer und Antijohanniten. Ein trauriges Geschick! Der wohlthätige Einfluß Mendelssohn in der musikalischen Kunstgeschichte ist unverkennbar. Daß er die Kraft und den Aufschwung des 19. Jahrhunderts nicht verlor, daß seine sanfte, seine Natur manchmal dem Weichlichen verfiel, wird niemand in Abrede stellen. Die meisten seiner Klavierkompositionen werden sogar heute noch überschätzt. Aber in ihnen liegt nicht der Schwerpunkt von Mendelssohns Schaffen, auch in seinen so gemüthlichen, garten Liedern nicht. Er ruht vor allem in seinen geistlichen Liedern. Seine Oratorien und Psalmen sind musikalische Erscheinungen, die nach Art und Größe seit Beethoven isoliert dastehen. Sie bilden eine Art, die Mendelssohn sogar vor Mozart und Beethoven voraus hat, denn seit Bach und Händel hat er die erste wahrhaft deutsche Oratorienmusik gebracht, indem er an das Vorbild Johann Sebastian Bachs anknüpfte, dessen Kompositionen er der Kirche wieder zuführte, nachdem sie Jahrzehnte lang als „unverständlich“ und „unauf-

Bremen, 21. November. Die in Sianfu ermordete Familie Deune stammt aus Bremen. Henne war Postdirektor in Sianfu. Die Familie bestand aus dem Mann, der Frau und vier Kindern.

Der Krieg um Tripolis.

Italien befindet sich in der denkbar schwierigsten Situation. In Tripolis kommen die Italiener nicht vorwärts und weder der Seekrieg gegen die Türkei, noch ein Friedensschluß mit Abtretung von Tripolis hätte einen Zweck, denn was nützte es, wenn die Türkei gezwungen oder freiwillig Tripolis fahren ließe, wo doch die tripolitanischen Stämme die Herrschaft Italiens nicht haben wollen. Der ganze Widerstand, den die Italiener bisher in Tripolis fanden, wurde ja nicht von regulären türkischen Truppen, sondern von den Eingeborenen geleistet, die ihr Land verteidigen. Inzwischen hat die italienische Regierung wieder einmal nachgerechnet, wieviel Geld der Krieg kostet. Die „Agenzia Stefania“ kündigt die bevorstehende Veröffentlichung von königlichen Dekreten an, die zur Eröffnung eines außerordentlichen Kredits von 65 Millionen Lire für das Kriegs- und Marineministerium ermächtigen, der zur Deckung der Kosten der Expedition nach Tripolis dienen soll, gerechnet vom Beginn der Feindseligkeiten bis zum 30. November. Im Dezember wird dann eine weitere Anleihe folgen müssen.

Die Lage in Tripolis.

Tripolis, 21. November. Die „Agenzia Stefania“ meldet: fünf Aeroplane, die zu Erkundungen aufgeschickten waren, brachten die Nachricht, daß sich die Lage der Türken und Araber in den letzten Tagen wenig geändert habe. Die Flieger ließen Bomben auf das Lager der Feinde fallen, und ein Drachenballon hielt die Wirkung ihrer Explosionen fest, die Verwirrung, Zerstörung und Brände hervorriefen. Auf ein Zeichen des Drachenballons bombardierte das Kriegsschiff „Carlo Alberto“ das Zentrum der Feinde, sowie Gemil.

In Unterführung der Arme in Tripolis hat General Canova von Misana an Getreide, Reis, Brot und Kleider verteilen lassen. Für die Verteilung unter den Arabern sorgt ein Ausschuss von Notabeln unter dem Vorsitz von Hassan Bajcha, für die Verteilung unter den Israeliten ein Ausschuss unter dem Vorsitz des Großrabbiners. Täglich werden ungefähr fünftausend Brote verteilt. Bis jetzt wurden 26000 Kilogramm Getreide unter den Arabern und 6700 Kilogramm verteilt. Sechs große Kessel sind für die Zubereitung und Verteilung von Reis aufgestellt worden.

Tripolis, 22. November. Nach Schätzungen von sachmännlicher Seite betragen die Verluste der Italiener bis jetzt in Tripolis ohne Ghenakla und Doms 4000 Mann. Die Stadt ist verhältnismäßig ruhig, doch kommen allmählich vereinzelte Schickselereien vor. 2 italienische Soldaten, die in der Nacht zum Dienstag in der Nähe des französischen Konsulates angegriffen wurden, drangen mit vorgehaltenem Revolver in das Konsulat ein. Die italienischen Militärbehörden haben ihre Entschuldigung ausgesprochen und die Verhaftung der Soldaten zugelegt. Die Cholera wütet noch immer fort. Am gestrigen Tage fand man in den Straßen 95 tote Eingeborene, von denen einige verhungert, die meisten aber an der Cholera gestorben waren. Die Bestimmungen gegen die Kriegsverbrecher sind neuerdings wieder verschärft worden. Der englische Journalist Grant Mirren wurde ausgewiesen. Weitere Ausweisungen sollen bevorstehen. Gerüchteleise verlautet, daß der Abg. Fazzan Dschamy Bey mit 20000 Fazzanen und Quareg zu den Türken aufgezogen sei. Diese Zahl ist jedoch wahrscheinlich übertrieben. Der Stillstand in den Operationen der Türken rührt daher, daß mehrere Araberstämme in der Nachbarschaft zeitweise beurlaubt sind, um ihre Felder zu bestellen. Nach reichlichem Regen schiffen die Italiener am Montag eine weitere Brigade aus.

Kämpfe bei den anderen Hauptorten.

Bei Tobruk feuerten am 18. d. M. Batterien aus zwei Schanzen auf ein arabisches Lager aus einer Entfernung von 2800 Meter. Das Feuer aus der einen Schanze zerstörte vollständig das Telegraphengebäude und eine in der Nähe liegende Verhauung, hinter der sich die Araber ansammelnd für einen Nachtsangriff sammelten. Die Araber flohen, verfolgt von dem Schrapnellfeuer auch der anderen Schanze. Nach Abgabe von 44 Schuss wurde das Feuer eingestellt. Während der Nacht und am selben Tage kam es zu einem lebhaften Kampfe bei Derna. Der Feind hatte sich unter dem Schutze der Dunkelheit genähert, wurde jedoch durch ein sehr leb-

haftes Gewehr- und Mitrailleusenfeuer sowie durch das der bis zu den Batterien vorgebrachten Landungsgeschütze zurückgeworfen.

Parteiangelegenheiten.

Der Protest gegen den Krieg.

In Wien fand Ende voriger Woche eine imposante Protestversammlung gegen den italienisch-türkischen Krieg statt. Es sprachen Genosse Bernerstorfer und Genosse Daszynski, ferner der italienische Genosse Oliva und für das türkische und armenische Proletariat Genosse Michael Barandian.

Die Versammlung war eine mächtige Manifestation für die Zivilisation und die Kultur gegen die Barbarei und die Bestialität, für die Solidarität der Proletarier aller Länder gegen die Mordpläne der Beherrscher der Welt des Kapitalismus.

In den glänzenden Reden wurde dargelegt, daß sich der Kapitalismus mit der Kolonialpolitik selbst das Grab schaufelt und daß, je wütender die Profitjäger durch die Welt rufen, desto früher auch ihre auf bestialische Gewalt aufgebaute Herrschaft gestürzt werden wird. Angehörige verschiedener Nationen haben in der Versammlung gesprochen, darunter auch ein Bürger der Türkei, und sie alle waren Anwälte des einen großen Gedankens.

Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Sachsen, Posen und Nachbargebiete.

Knuten-Dertel als Freund des Dreiklassen-Wahlrechts.

Der Sozialdemokrat Dr. Dertel, der für den Wahlkreis Brieg-Kamslau zum Reichstag kandidiert, ist ein Feind des Dreiklassenwahlrechts, seinem Geldsack entspricht das elende Dreiklassenwahlrecht zum preussischen Landtage. Am 10. Januar 1910 hielt der Bund der Landwirte für Schlesien im St. Vincenzhause zu Breslau seine Provinzialversammlung ab. Der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Herr Dr. Dertel, hielt hier eine Ansprache, in der er nach der „Agrarischen Beilage“ zur „Deutschen Tageszeitung“ vom 12. Januar 1910 sagte:

Eine der wichtigsten Fragen, die im Mittelpunkt der Erörterung und des Interesses steht, ist die Frage der Veränderung des preussischen Wahlrechts. Es sei daran erinnert, daß zwei Freistädte vor kurzem ihr Wahlrecht nach rechts hin revidiert haben, um einen Damm gegen die Hochflut der Sozialdemokratie aufzurichten. Andererseits haben freilich süddeutsche Staaten es für angezeigt erachtet, ihr Wahlrecht zu demokratisieren. Soll Preußen diesen Bahnen folgen? Mit nichten. Das Königreich Sachsen hat gezeigt, wie bedenklich derartige Versuche sind. Die Spuren sollten schreien. Trotzdem scheint man schon dem jetzigen Landtage eine Vorlage über die Abänderung des Wahlrechts unterbreiten zu wollen. Dertel ist sehr feindselig: es ist erwiesen, daß es kein ganz vollkommenes Wahlrecht gibt oder geben kann. Das Reichstagswahlrecht ist das unvollkommenste, weil es durch die Massen nicht nur die Intelligenz, nicht nur die Autorität, nicht nur das Verantwortlichkeitsbewußtsein, sondern auch das geschichtliche Bewußtsein und die organische Entwicklung vollständig (schlechte Zustimmung). Es ist ferner natürlich erwiesen, daß das preussische Wahlrecht durchaus nicht so pluralistisch ist, wie man es immer schildert. Abgesehen von einigen geschichtlichen Auswüchsen entspricht es der tatsächlichen und historisch gewordenen Struktur des Volkes. Es ist kritisch durch die Geschichte der letzten Jahrzehnte bewiesen, daß die auf Grund des preussischen Wahlrechts gewählte Volksvertretung trefflich und tüchtig gearbeitet hat, weil besser als der Reichstag. Unter diesen Umständen wird man sich reichlich und heilig überlegen müssen, ob man an die Stelle eines im allgemeinen bewährten Wahlrechts ein anderes setzen soll, von dem man mindestens nicht weiß, ob es besser sei. (Sehr wahr!) Mit der Sozialdemokratie ist für nationale Männer ein Pakt unmöglich! Wir bestehen es nicht, wie Fürsten mit sozialdemokratischen Führern an einer Tafel haben sitzen können, wie der Minister eines Bundesstaates sagen konnte, er wolle und möge die Sozialdemokratie in der Volksvertretung nicht müssen, wie eine süddeutsche Regierung eine große Zahl von Sozialdemokraten als städtische Beamte in einem monarchistischen Staate beschäftigen konnte. Soweit Herr Dertel. In der Klasse der Volks- und Wahlrechtskämpfer spielt dieser Trabant der Junker die erste Rolle. Es gehört wahrhaftig eine Stirn dazu, die Ungerechtigkeit des preussischen Wahlrechts zu verteidigen! Dertel Mann gegenüber kann nur die Wahlparole heißen:

Nieder mit dem Knuten-Dertel!

fürder“ brach gelegen hatten. Mendelssohn, der gelauerte Jude! Mendelssohn, der es gewagt hat, dem Apollon-Friedrich Wilhelm IV., die altgriechischen Tragödien in Musik zu setzen (!), zu widersprechen! In Mendelssohns Schreien liegt gewissermaßen eine der weitesten Fügungen der Musikgeschichte. Ohne seine Formensöhne, sein reines, klares Gestalten wäre die Bewunderung, die wir gegenwärtig erleben, vielleicht viel früher heringebrochen.

Der Vortrag, mit welchem Genosse M. Schiller aus Halberstadt die Aufführung einleitete, war ein Muster nach jeder Richtung hin. Nicht nur, was seine lapidare Kürze und Klarheit der Disposition betrifft, sondern hauptsächlich darum, weil jede trodene Aufzählung von Daten, aus denen solche Vorträge häufig bestehen, sorgfältig vermieden war. Der Redner verstand es, dem anmerksamen Zuhörer den Besonderen des gefeierten Tonkünstlers so nahe zu rücken, daß jeder noch so unmusikalische Laie folgen konnte. Daß Mendelssohn hier hauptsächlich in seinen Schaffen als Komponist von solchen Liedern gekennzeichnet wurde, die ins Volk eingebracht sind, dazu mag die Aufführung des Programms Veranlassung gegeben haben. Weiter unten will ich daraufhin verweisen, daß man auch einen anderen Standpunkt vertreten kann.

Ueber die Ausführung der Vortragsordnung, welche 12 Chorlieder, 2 Gesänge für eine Tenorstimme und 3 Klavierstücke enthielt, kann nur Gutes gesagt werden. Die Sängervereinigung „Kammos“ erwies sich als ein zwar kleiner, aber von Herrn Dirigenten Gasse vorzüglich geleiteter Chor, welcher mit Begeisterung die ausgewählten Lieder vortrug und vornehmlich mit dem kompliziertesten „türkischen Schenkenslied“ großen Beifall erzielte. Herr Ferkle, der, seitdem ich ihn das letzte Mal hörte, unverkennbare Fortschritte gemacht hat, gestiel ebenfalls sehr, doch hätte sich vielleicht besseres Liedermaterial finden lassen. Ein Hornquartett aus dem Orchester unserer Oper durfte gleichfalls auf ein gutes Verständnis seitens der Hörer hoffen und Herr Gasse hatte in dankenswerter Weise drei von den leider heute sehr vernachlässigten „Liedern ohne Worte“ herausgeholt, welche er in gewandter, klarer und schlichter Weise auf dem Klavier vortrug.

Wenn man Mendelssohn feiern wollte, so dürfte man dies unbedingt nicht in dieser einseitigen und wenig belehrenden

Weise tun, wie es gestern geschah. Ohne jede Erklärung wurden Chorlieder im Arrangement für Hornquartett vorgeführt, so daß in den Zuhörern die Meinung entkeimte, es seien Originalkompositionen. Welch ungeheuren Kadel hatten die herrlichen gemischten Chorlieder hervorgerufen (O Täler weit, o Höhen; O Winter, schalmere Winter; Es fiel ein Reif etc.), für die man auch ein doppelt oder dreifach besetztes Quartett aus den Reihen der Sänger hätte bemühen können. Ferner fehlten die reizenden Lieder für eine Frauenstimme, der zweite Satz aus dem Violinconcert, ein Satz aus irgend einem Kammermusikwerk, eine Arie aus einem Oratorium, das Einzelstück aus dem „Elias“, eine Ouvertüre, die auch vierhändig hätte gespielt werden können. Und schließlich: wo war die populärste Schöpfung Mendelssohns: der „Schicksalsmarsch“ aus dem „Sommermärchen“, über welchen List eine der geistvollsten Paraphrasen geschrieben? Die Besetzung von Mitwirkenden, welche alle diese Dinge zu einer glänzenden Ausführung bringen können, ist weder schwierig noch mit großen Kosten verknüpft. Ich möchte überhaupt den Rat erteilen, diese Art von Unterhaltungen zu einer ständigen, recht häufig wiederkehrenden Einrichtung zu machen und den breiten Massen Gelegenheit zu geben, namentlich die ungeheure Literatur des Kunstliedes nach und nach kennen zu lernen.

Bei dieser Gelegenheit sei es mir erlaubt, die Leiter der Abende auf folgende Veranstaltungen aufmerksam zu machen, die im Zusammenreffen mit Gebettagen im Laufe dieses Winters begangen werden können: 17. Dezember Geburtstag von Beethoven, 18. Dezember Geburtstag von Weber, 21. Januar Ludwig van Beethoven, 27. Januar Mozart Geburtstag, Verdi 7. Februar Geburtstag von Mendelssohn, 1. April Geburtstag von Bach, 8. April Donizetti 7. April Lohse 7. (Balladenabend), 27. April Geburtstag von Liszt, 7. Juni Johann Strauss 7. 8. Juni Schumann geboren. Die genannten Daten treffen vielfach auf einen Sonntag und können dazu benutzt werden, taufende von Menschen zu unterhalten, zu erheitern und zu belehren und sie gleichzeitig zu gewöhnen, in der Kunst ein Vergessen jener Feiern und großen Künsterwerke zu finden, von denen keines von uns verschont wird.

Wesfen, Kreis Ohlau, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Referent Gauweiler 10 Uhr - Breslau.
Falkenberg O/S., nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Doveberg. Referent Walmüller Th. Wolff-Schönborn-Breslau.
Kranz h. Döberntur, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Grundstück des Herrn Bischof. Referent Reichstagskandidat Senf-Breslau.
Tschelowitz, Kreis Friedl., nachmittags 2 1/2 Uhr, unter freiem Himmel. Referent Gewerkschaftssekretär Komarick-Breslau.
Stobersau, Kreis Friedl., nachmittags 2 1/2 Uhr, unter freiem Himmel. Referent Redakteur Dönsky-Breslau.
Giersdorf, Kreis Friedl., nachmittags 2 1/2 Uhr, unter freiem Himmel. Referent Reichstagskandidat Th. Müller-Breslau.
Eiben, Kreis Friedl., nachmittags 2 1/2 Uhr, unter freiem Himmel. Referent Redakteur Neulirch-Breslau.
Goschke, Kreis Groß-Wartenberg, nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem Grundstück des Herrn Lajest. Referent Reichstagskandidat Klippel-Breslau.
Langenbrück, Kreis Neustadt O/S., unter freiem Himmel bei Schmidt. Referent Reichstagskandidat Löbe-Breslau.
Giersdorf, Kreis Reife, nachmittags 2 1/2 Uhr, unter freiem Himmel bei Zigner. Referent Reichstagskandidat Dars-Breslau.
Dermendorf, Kreis Reife, nachmittags 2 1/2 Uhr, unter freiem Himmel. Referent Gewerkschaftssekretär Winger-Breslau.
Neuvorwerk, Kreis Ohlau, unter freiem Himmel bei Rogoll. Referent Gewerkschaftssekretär Seibold-Breslau.

Reichenbach u. G., 23. November. Ein nahezu fünfständiger Redekampf spielte sich am gestrigen Vortage in unserem Städtchen ab. Die Genossen hatten ihre politischen Gegner am Orte, den Reichsverbändler Lehrer Gottwald und den früheren Redakteur Wettermann, zur Versammlung geladen, in der Genosse Löbe über die Forderungen der Sozialdemokratie an die Kommune sprach. Beide waren dem Hause gefolgt, viele bürgerliche Wähler und etwa 600 Arbeiter fanden sich ein, um der Auseinandersetzung beizuwohnen. Zunächst sprach unter stürmischem Beifall 2 1/2 Stunden Gen. Löbe, er nahm sich im Verlaufe seiner Rede alles vor, was in gegnerischen Flugblättern und Versammlungen produziert worden war, und widerlegte die einzelnen Ansätze. Nach ihm nahm Herr Lehrer Gottwald zu einer kühnlichen Rede das Wort, die mit dem Satze schloß: 'Entschuldigen Sie, meine Herren, daß ich die meisten Behauptungen nicht beizubringen kann, ich habe viel zu tun und muß deshalb gehen, ich werde Sie ja doch nicht überzeugen und wer das Schlußwort hat, behält ja doch immer recht.' Allgemeine Verbilligung, dann aber stürmische Gelehrtheit folgten diesen Worten. Genosse Löbe erklärte, daß er auf das Recht des Schlußwortes verzichte, daß Herr Gottwald sich so oft melden könne, als er wolle und sogar selbst das Schlußwort erhalten würde. Es war aber nichts zu machen, der Mann war nicht zu halten, mit komischer Eitelkeit er beim Ausgange zu und verschwand unter lautem Gelächter. Als er verduftet war, meldete sich der zweite Gegner, Herr Wettermann, zum Wort. Er wurde vornehmlich vorher gefragt, ob er auch das Rosenwänter erörtern würde und erhielt, als er vernahm, das Wort. Wertwürdigerweise hatte sich Herr Wettermann seit der letzten bürgerlichen Versammlung in einen guten Freund der Sozialdemokratie verwandelt, wenn ihm auch die 'norddeutsche Spielerei' unserer Partei nicht gefällt. Als ihm unsere Genossen die plötzliche Freundschaft nicht so recht glauben wollten, ergriff Herr Wettermann noch zweimal das Wort, ohne indessen einen Eindruck auf die Versammlung zu machen. Nach einem heftigsten ausgenommenen Schlußwort und einigen Diskussionsbeiträgen aus der Mitte der Versammlung fand die Versammlung nach fast fünfständiger Dauer ihr Ende. Nach den ersten drei Stunden hatten die Sitzenden ihre Plätze mit den Stehenden getauscht. Alle Genossen jubelten über den schönen Erfolg.

Peterswalden, 22. November. Unschuldig verurteilt. Im Juli d. J. brachten wir eine kurze Notiz, nach welcher der Reisende Heinrich Rothke von hier wegen eines Raub-anfalles auf eine Artistin Maag verhaftet worden ist. Wie uns der Vertreter des Verhafteten jetzt mitteilt, hat die Staatsanwaltschaft in Schweidnitz es akzeptiert, gegen Rothke einzuschreiben, weil sich die Beschuldigungen der Maag als völlig haltlos erwiesen haben.

Jauer, 22. November. Kirchliche Hezerei. In der bürgerlichen Presse lesen wir: Pastor Conrad aus Bräno-roh ist auf unbestimmte Zeit heurlaubt worden. Den letzten Gottesdienst hat er vorigen Sonntag und zwar als Paganotendienst, gehalten. Es wird angenommen, daß die Beurteilung

infolge freiwilliger Ausübungen seiner religiösen Anschauungen erfolgt ist. Ein Landpastor, der freiwillig religiöse Anschauungen hat, ist allerdings für die kirchlichen Reaktionen ein zu starker Tabak. Der Mann muß so schnell wie möglich kalt gestellt werden.

Vollenkain, 23. November. Schwarze Bocken. In Wiesmannsdorf sind die schwarzen Fäden ausgebrochen, so daß die Ueberführung der Kranken in das Kreiskrankenhaus zu Hohenfriedberg erforderlich wurde. Eine Person ist bereits gestorben. - Selbstmord. Der Stellenbesitzer Kemmer aus Hohenfriedberg beging am vergangenen Freitag Selbstmord, indem er sich in den bei seinem Hause befindlichen Schöpfbrunnen stürzte. Der Grund zu dieser Tat dürfte Schwerkmut sein.

Piegnitz, 22. November. Wie den Landarbeitern mitgespielt wird. Auf dem Gute Mendorf, Kreis Piegnitz, war der zirka 40jährige Arbeiter Förster seit 20 Jahren beschäftigt. Förster ist ein unglücklicher Mensch, der an Krampfanfällen leidet und außerdem noch schwachsinzig ist. Dieser Mann mußte eine harte Zuckerrüben einen abschüssigen Weg herunterfahren. Weil aber eines der Jungtiere seine Steuerkette hatte, verlor es sich an dem nachdrängenden Wagen. Dieser Umstand soll den Inspektor Cramer veranlaßt haben, den kranken Förster so zu verprügeln, daß die blauen Flecke noch tagelang sichtbar waren. Herr Dr. Jungler, der den Mißhandelten behandelte, wird diese Angaben bestätigen können. Daß der Inspektor im Unrecht war, beweist seine Spende von 10 Mk. für die Mutter des Mißhandelten. Das Schein in solche Zustände zu sein. Redauerlicherweise scheint dem Straftatras gestellt worden zu sein; derartige Uebergriffe können nicht scharf genug bestraft werden.

Piegnitz, 22. November. Räuberische Ueberfälle. Nachdem erst am Sonntag nachmittags auf der Kalkschwitzer Chaussee, am Wege nach Barichdorf auf ein junges Mädchen ein räuberischer Ueberfall verübt wurde, wiederholte sich am Montag nachmittags 1 1/2 Uhr in der sogenannten 'Piegnitzer Schweiß' fast unter den gleichen Verhältnissen ein weiterer Ueberfall. Eine auf einem Spaziergange nach der Sineschöhe befindliche 51 Jahre alte Frau wurde in der Nähe der Bergwäcker mittels einer ihr plötzlich über den Kopf geworfenen Schlinge festwärts auf den Bromensadensbüschen gerissen. Ein sich sofort auf die Frau werfender Mann wühlte in deren Taschen herum und eignete sich ein Portemonnaie mit etwa 1,30 Mark an. In einem geplanten Stillschleichen wurde der Kerl durch die Hilferufe der Ueberfallenen und daraufhin näher kommende Personen verhindert. Er ergriff die Flucht und verschwand in der Richtung nach der Jauertröbe bzw. Schuberishof zu. - Unweit dieses Vergnügungsortes verübte der irische Gefelle schon zwei Stunden später bereits einen weiteren Ueberfall, indem er sich auf eine dort in Gemeinschaft mit ihrer erwachsenen Schwester in der Nähe der Wäckermeisterin befand, sie am Halse würgte und leitwärts auf das Feld schleuderte. Er selbst warf sich wiederum auf sein Opfer, mußte aber bald von demselben ablassen, da die Schwester der Ueberfallenen ihn kräftig mit einem Schürze bearbeitete. Unter Mitnahme eines Handtaschens, in welchem sich etwa 5 bis 6 Mark befanden, ergriff er nach Verhör der zuerückbleibenden die Flucht. Die ihn verfolgenden Frauen machten die Wahrnehmung, daß er in einem großen Wagen sich wieder nach der Stadt zuwandte. - Trotz angelegentlichster Nachforschungen fehlt von dem treuen Patron bislang jede Spur.

Görlitz, 23. November. Ein braver Genosse. Am Sonntag mittags starb hier Genosse Karl am Ende, zweiter Expedient der Görlitzer Volkszeitung. Der Verstorbene war von Beruf Hand Schuhmacher und stand im 45. Lebensjahre. Er war zu jeder Zeit für seine gewerkschaftliche und politische Organisation eifrig tätig. Durch das Vertrauen der Görlitzer Genossen wurde der Verstorbene erst vor wenigen Tagen als ihr Vertreter zum Stadtparlament gewählt. Auch den Paganauer Genossen dürfte Karl am Ende nicht unbekannt sein, da er auch hier eine eifrige Propaganda für die Rechte des Volkes betrieb. Ehre seinem Andenken!

Friedl., 23. November. Anuten-Derlets Debat. Uns wird geschrieben: Der Kandidat der Konservativen und des Bundes der Landwirte ist ein berühmter Mann. Daher kam es auch, daß die Versammlung, in der er sich seinen Wähler stellen wollte, am Dienstag nachmittags im 'Bergel' stattfand, und zu der alle nicht sozialdemokratischen Wähler eingeladen waren, bis auf den letzten Platz gefüllt war; doch waren aus der Mitte der Besucher keine Konservativen, sondern Neugierige, die den Mann kennen lernen wollten, der für die Präglara's eintritt. In fünfständiger, geradezu 'weißer' Rede, die dem Vorabend des Vortages Stimmungsbild angepaßt war, stellte 'Anuten-Derlet' seine drei Senner schwere Persönlichkeit keinen Wählern vor und machte diese mit dem schwarzen Programm bekannt. Durch Panonen- und Panzer-schiffe, neue Kavallerieregimenter und hochaufgebauete Schutztruppen nach außen; Mittelstandspolitik, Brigellstrafe und Panzer-schiffe gegen die Sozialdemokraten nach innen, will er die Eigenart des deutschen Volkstums erhalten. Als Anhänger des evangelischen Bekenntnisses, an dem er mit jeder Haier seines Herzens hängt, achtet er die Gebürde der Katholiken und entblüht das Haupt vor jeder Fronlehnungsprozeßion. Daß es mit 'seiner' Hilfe gelingen möge, die Macht des schwarzen Blutes zu erhalten, 'das wolle Gott!' Zum ersten Male sollte in einer konservativen Versammlung eine Diskussion stattfinden. Die Antwesenden waren aber über diese Eröffnung des Vortages vor Staunen so stark, daß sich niemand meldete, worauf dieser Kurzerhand die Versammlung schloß. Am Ausgange des Saales verteilten unsere Genossen Handbettel, die darüber aufklärten, warum 'Anuten-Derlet' die Sozialdemokraten von seinen Versammlungen ausschließt und eine Diskussion mit ihnen fürchtet.

Rebe, die dem Vorabend des Vortages Stimmungsbild angepaßt war, stellte 'Anuten-Derlet' seine drei Senner schwere Persönlichkeit keinen Wählern vor und machte diese mit dem schwarzen Programm bekannt. Durch Panonen- und Panzer-schiffe, neue Kavallerieregimenter und hochaufgebauete Schutztruppen nach außen; Mittelstandspolitik, Brigellstrafe und Panzer-schiffe gegen die Sozialdemokraten nach innen, will er die Eigenart des deutschen Volkstums erhalten. Als Anhänger des evangelischen Bekenntnisses, an dem er mit jeder Haier seines Herzens hängt, achtet er die Gebürde der Katholiken und entblüht das Haupt vor jeder Fronlehnungsprozeßion. Daß es mit 'seiner' Hilfe gelingen möge, die Macht des schwarzen Blutes zu erhalten, 'das wolle Gott!' Zum ersten Male sollte in einer konservativen Versammlung eine Diskussion stattfinden. Die Antwesenden waren aber über diese Eröffnung des Vortages vor Staunen so stark, daß sich niemand meldete, worauf dieser Kurzerhand die Versammlung schloß. Am Ausgange des Saales verteilten unsere Genossen Handbettel, die darüber aufklärten, warum 'Anuten-Derlet' die Sozialdemokraten von seinen Versammlungen ausschließt und eine Diskussion mit ihnen fürchtet.

Brieg, 23. November. Ein Kind erstickt. Ein höchst betäubender Unfall tat sich in einem Hause der Ohlauerstraße ereignet. Eine Frau hatte, als sie zu einer Reparatur weging, ihr 4-jähriges Kind eingeschlossen. In der Zwischenzeit mußte jedenfalls das hinter dem Ofen lagernde Holz in Brand geraten sein. Durch den sich entwickelnden Qualm ist das arme Kind erstickt. Der nachhause kommende Vater fand es unter dem Tische liegend schon tot vor.

Posen, 23. November. Eine Feigheit. Der Unteroffizier Giese von der 8. Batterie des hiesigen Fußartillerie-Regiments Nr. 5 hat sich aus Furcht vor Strafe wegen Rekrutenmishandlungen erschaffen. Ein lauterer 'Feld' dieser Unteroffizier Giese. Erst schindet er die Soldaten bis aufs Blut und als er dann für seine gemeine Schindereien eine gewiß nicht allzu hohe Strafe zu erwarten hat, greift er aus Feigheit zur Schußwaffe.

Posen, 23. November. Selbstmordversuch im Gerichtssaal. Als der Händler Stengel aus Posen Dienstag vom Schöffengericht wegen ruhestörenden Lärmes, roben Unfalls und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu sechs Monaten Gefängnis und drei Wochen Haft verurteilt worden war, zog er ein scharfes Taschenmesser aus der Tasche und verübte sich den Hals zu durchschneiden. Der hinzugehörige Gerichtsdiener schlug ihm mit einem Stuhl das Messer aus der Hand. Der Verurteilte wurde hierauf unter starker Bewegung in die Untersuchungshaft abgeführt.

Briefe - ten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
Gegenhalt 4. Der Mann hätte sich nur dann strafbar gemacht, wenn er Sie wider besseres Wissen falsch anschuldigte. Also unterlassen Sie die Anzeige.
N., Sandstrasse. Wir haben schon so oft geschrieben, daß der Lohn wegen rückständiger Steuern gepfändet werden kann, wenn die Steuer nicht länger als drei Monate fällig ist. Es ist also auch in diesem Falle zu prüfen, seit wann die Steuern rückständig sind. Wenden Sie sich ans Arbeiter-Sekretariat.
Wünschelburg. Wir können Ihnen ein altes Geschäft nicht angeben; halten es überhaupt nicht für empfehlenswert, sich solche Bilder anfertigen zu lassen.
Sch. Strecken. Der Unfall muß bei der zuständigen Berufsgenossenschaft gemeldet werden; dabei sind alle Zeugen anzugeben.
A. B. Glogau. Sie sind berechtigt, diesen Abzug von der Miete zu machen. Wir empfehlen Ihnen aber, sich mit dem Wirt zu einigen.
Girschberg 10. 1. Ja, nach dem Tode des Gastwirts ist eine neue Schankerlaubnis notwendig. 2. Das können wir Ihnen, ohne den Vertrag gesehen zu haben, nicht sagen.
G. a. 12. Am 1. Dezember abends müssen Sie die Wohnung geräumt haben.
Strel. W. Schumann in Breslau 10, Waterloostr. 13.
W. O. und viele andere. Besten Dank für die Ueber-sendung der Jungblätter. An einer saftigen Antwort, an der Sie Ihre Freunde haben werden, solls nicht fehlen. Wir warten nur den besten Zeitpunkt ab.

Ravon-Geife / eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

Die Ravon-Geife wird nach einem ganz neuen Verfahren gewonnen. Bekanntlich sind die Seifen, die jetzt meistens zur Wäsche benutzt werden, mit Hilfe von Natronlauge oder Soda hergestellt. Es sind das die sogenannten Kernseifen. Die Ravon-Geife ist dagegen eine Kaliseife. Schon seit undenklichen Zeiten ist den Seifenmachern bekannt, daß Kaliseifen die weitaus besten für alle Haushaltzwecke sein würden, nur gelang es lange nicht, solche Seifen in festen Stücken zu erzeugen. Nach lang-jährigen Versuchen ist es uns nun endlich gelungen, reine Kaliseifen ohne fremde Zusätze in dauernd festen Stücken herzustellen und wir bringen unsere Geife unter dem Namen Ravon-Geife in den Handel. Die großen Vorzüge der Ravon-Geife bestehen vor allen Dingen darin, daß sie die Wäsche nicht angreift und die Farben schon. Dabei ist die Geife von einer sehr großen Ausgiebigkeit, die sich schon bei ganz leichtem Aufstreichen in der mächtigen Schaumbildung zeigt. Wir haben die Ravon-Geife, ehe wir sie in den Handel brachten, Hunderten von Hausfrauen zum Probieren in ihrem Haushalt gegeben, und es wird einstimmig die enorme Waschkraft der Geife, sowie die große Schonung der Wäsche und der Farben gepriesen. J. B. behalten Wollfächer, die sonst so leicht einlaufen und verfilzen, ihre ursprüngliche Form, Farbe und Elastizität. Auch wird gerühmt, daß die Wascharbeit mit Ravon-Geife auffallend bequem und für die Haut angenehm sei. In einem Versuch wähle man besonders verschmutzte Wäsche oder empfindliche Stoffe wie Wolle und Seide.

Preis pro Stück 20 Pfg. Jetzt überall erhältlich.

Ravon-Werke Dresden.